mission sitzen, wehren sich gegen eine derartige Festsetzung, da die Teuerung in Wirklichkeit viel mehr gestiegen sei.

Die polnische Wirtschaft und die Staatsfinanzen stehen dem völligen Zusammenbruch sehr nahe. Neben einem reichlichen Dutzend privater Banken ist die größte Bank des Landes mit mehr als 120 Filialen zusammengebrochen. In der Staatsbank befinden sich nur noch etwa 80 Millionen Zloty, die Noten sind also fast ungedeckt. Das Budget soll nochmals, angeblich bis auf 1 Milliarde zusammengestrichen werden. Das bedeutet die weitere Entlassung tausender Beamte, die seit Monaten fast kein Gehalt mehr bekommen. Die Industrie will die Arbeitszeit verlängern und die Löhne kürzen.

WTB. **Warschau**, 28. Januar. Unabhängig von dem noch andauernden **Streik im Fernsprechamt**, der gestern wegen Entlassung einer Angestellten ausgebrochen war, sind wegen Lohnstreitigkeiten die **städtischen Straßenbahner in den Ausstand** getreten. Damit ist das einzige Warschauer Massenbeförderungsmittel lahmgelegt.

Ungarn

fast ausschließlich Agrarstaat, hat sich scheinbar durch seine Industrie ausländischer Banknoten etwas geholfen. Die Einfuhr betrug 720,3 Mill. Goldkr. gegenüber 702,8 Mill. Goldkr. 1924, während die Ausfuhr sich von 575 Mill. Goldkr. auf 688 Mill. Goldkr. steigerte, so daß die Passivität der Außenhandelsbilanz sich von 127,8 Mill. Goldkr. auf 30 Mill. Goldkr. verringerte. Vorausgesetzt, daß die Außenhandelsbilanz des Staates nicht ebenso „echt" ist, wie die Noten, die er fabrizierte.

Immerhin hat Ungarn noch ein Defizit in seiner Außenhandelsbilanz, das zu beseitigen durch seine Mais- und Getreideausfuhr angesichts der europäischen Krise und der Vorsicht gegen ungarisches „Geld" nicht leicht sein wird.

Norwegen.

Nach den jetzt vorliegenden offiziellen Angaben betrug der Wert des norwegischen Exportes im Jahre 1925 1 047 100 000 Kronen gegenüber 1 063 700 000 Kronen im Jahre 1924. Der Wert der Einfuhr dagegen betrug im Jahre 1925 1 401 100 000 (1 547 700 000 Kronen im Jahre 1924). Der Ueberschuß der Einfuhr über die Ausfuhr beträgt demnach 354 Millionen Kronen.

Bulgarien

führte vom 1. Juni 1924 bis 1. September 1925 ausländische Waren im Werte von 10 112 226 110 Lewa ein gegenüber einer Ausfuhr von 8 080 981 300 Lewa. Zusammen mit den Ausgaben für die Zahlungen an Reparationen, Zinsen und Abzahlungen für die früheren Anleihen, ferner für fremde Handels- und Wertschaftsanleihen usw. beläuft sich das Defizit einschließlich des Defizits aus dem Unterschied der Handelsbilanz auf 3,8 Milliarden Lewa. Von dieser Summe entfallen etwa 1,8 Milliarden Lewa auf Reparationszahlungen, Zinsen und Abtragungen der Anleihen usw.

Bulgarien ist reiner Agrarstaat und zerrüttet und aufgewühlt durch die politische Gewaltherrschaft. Angesichts der Weltagrarkrise ist die Wirtschaftslage des Landes eine sehr schlechte.

Italien.

Aus Italien liegen nur Schätzungen vor. So berichtet die Agenzia Volta, daß im abgelaufenen Jahre schätzungsweise die italienische Handelsbilanz ein weit größeres Defizit aufweisen werde als im vergangenen Jahre. Man könne jetzt schon sagen daß diese Unterbilanz um 2½ Milliarden Lire größer sein wird als im Vorjahre.

Jugoslawien.

Jugoslawiens Ausfuhr geht zurück. Es liegen erst Berichte für die ersten 9 Monate des Jahres 1925 vor. Die Ausfuhr betrug 6706 Millionen Papierdinar, die Einfuhr dagegen 6761 Millionen Papierdinar. Das Defizit für die 9 Monate beträgt also 55 Millionen Papierdinar. Im Oktober und November sank die Ausfuhr, wie die amtlichen Stellen schätzen.

Estland.

Auch die Außenhandelsbilanz Estlands ist passiv. Im Laufe von elf Monaten sind an Waren eingeführt für 8 875 172 540 Emk. — Die Ausfuhr betrug zur selben Zeit 8 650 620. Somit betrug die Passivität zum 1. Dezember 2142 Mill. Emk.

Die Verdrängung Europas vom Weltmarkt

macht unaufhörlich Fortschritte. Die werdenden Kolonialkapitalismen und die gewaltige amerikanische Industrie beschneiden den europäischen Industrien die Absatzmärkte bzw. dringen sogar in die eigenen Inlandsmärkte der europäischen Staaten.

Amerika

hat, wie wir schon berichteten, seine Ausfuhr bedeutend gesteigert. Auch andere überseeische Staaten, soweit sie schon vor dem Kriege Industrien hatten, haben ihre Ausfuhr vergrößert.

Riesenfusion amerikanischer Licht- und Kraftwerke. Wie der „D. H.-D." aus New York erfährt, haben sich die Licht- und Kraftgesellschaften von New York und New England, die einen Wert von 500 Mill. Dollar verkörpern, unter dem Namen „North Eastern Power Corporation" zusammengeschlossen. Im Vorstand sind vertreten die General Electrik Co. und die Power Corporation, New York, die Mohawk Hudson Power Co.- sowie die New England Power Co.

Gewaltige Exportsteigerung Kanadas.

Das Gesamtvolumen des kanadischen Außenhandels zeigt in den ersten 11 Monaten 1925 eine Zunahme gegen das Vorjahr um 37,5 Millionen Dollar. Die Einfuhr stieg in dieser Zeit um 66 Millionen und die Ausfuhr um 157 Millionen Dollar.

Australien.

In Südwales hat sich die Zahl der Arbeitslosen von 146 000 im September auf 84 000 Ende Dezember vermindert. Die Veränderung bezieht sich fast ausschließlich auf die Bergbauindustrie. Andere australische Staaten haben Anfang dieses Jahres ihre Zölle erhöht, um sich vor Konkurrenz zu schützen. Auch die Einfuhrverpflichtungen gegen das „Mutterland" England wurden beschnitten.

Japans Außenhandel steigt.

Nach der amtlichen japanischen Statistik betrug der Wert des japanischen Außenhandels im Jahr 1925 ungefähr 4971 Mill. Yen, und zwar die Einfuhr 2568 Millionen, die Ausfuhr 2303 Millionen Yen. Dies bedeutet im Vergleich mit dem Vorjahr bei der Einfuhr eine Zunahme um 116 Millionen Yen und bei der Ausfuhr eine Zunahme um 495 Millionen Yen, also eine Gesamtzunahme um 612 Millionen Yen.

Japan hat von seinem Plan der Einfuhrzölle erhöhte und zwar von 30 Prozent der Gewichtseinheiten, um sich vor der europäischen und amerikanischen Konkurrenz zu schützen. Der Yen besitzt seinen Vorkriegswert zu erlangen und damit den Dollar zu überstehen.

Es geht um die Sache

I.

Worte und Praxis — Form und Inhalt.

G. H. A. In der „Einheitsfront" der AAUE. wird die Kommunistische Arbeiter-Partei, weil sie sich als „Partei" bezeichnet, mit jeder beliebigen parlamentarischen Partei gleichgestellt und ihr ein bürgerlicher Partei-Charakter vorgeworfen. Mit dieser oberflächlichen „Argumentation" müssen wir uns deshalb auseinandersetzen weil sie zum billigen Gemeingut aller „Parteiverneiner" — auch der Indifferenten-„Intelligenz" — geworden ist. Aus ihr resultieren schwere Gefahren für den notwendig organisiert zu führenden proletarischen Klassenkampf.

Will man zu wissenschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen oder taktischen Fragen Stellung nehmen, dann muß man sich zunächst und dann immerfort Rechenschaft ablegen über den Wert, wie über die Rolle der zu behandelnden Frage innerhalb des Gesamtrahmens des bezüglichen Problems und seiner Beziehungen zur proletarischen Weltanschauung überhaupt. Wo das nicht geschieht, muß die gewonnene Stellungnahme bar jedes tieferen Zusammenhanges, unlogisch und untereinander widersprechend sein.

Als revolutionäre Marxisten halten wir die Entwicklung und Förderung des proletarischen Klassenbewußtseins für das erste notwendige Erfordernis einer proletarischen Revolution. Klassenbewußtsein heißt nicht weniger als der bewußte Wille zur revolutionären Ueberwindung des Kapitalismus durch die proletarische Klassendiktatur und Aufbau des Kommunismus sowie die Fähigkeit der Klasse, den geistigen, politischen, wirtschaftlichen und technischen Forderungen einer proletarischen Revolution gewachsen zu sein. Erst an zweiter Stelle, weil erst durch vorhandenes Klassenbewußtsein möglich, erstreben wir die organisatorische Erfassung der revolutionären Klassenkämpfer in einer geeigneten Organisation.

Die Form der Organisation, ihr Aufbau, ihre Verwaltung, ihre Arbeitsmethoden und schließlich der von ihr zu bewältigende Aufgabenkreis wird gewiß nicht ohne Einfluß sein auf die Erziehung und Schulung ihrer Mitglieder. Eine sich parlamentarisch betätigende Partei, aufgebaut von oben nach unten, wie eine Aktiengesellschaft mit zahlenden Mitgliedern, leitenden Funktionären und Berufsführern an der Spitze, ist nicht in der Lage selbständiges Denken, organisatorische Fähigkeiten innerhalb ihrer Mitgliedschaft zu entwickeln. Dazu gehört eine Organisationsform, die möglichst jedem Mitglied Anregung und Möglichkeit praktische, politische und organisatorische sowie propagandistische Betätigung bietet. Dazu gehört die ständige Abberufbarkeit aller Funktionäre, eine möglichst geringe und zeitlich wechselnde Anzahl „besoldeter", freigestellter Kräfte, gehören gebundene Mandate, freie, rechtzeitige Aussprache innerhalb der Organisation, nicht „bestimmende", sondern geschäftsführende Instanzen.

Selbst eine solche Organisation kann jedoch ihren Zweck einer Schulung jedes einzelnen Mitgliedes nur dann erreichen, wenn gewisse grundlegende Voraussetzungen praktischen Organisationslebens vorhanden sind. Glaube an die Sache, Begeisterung, Erkenntnis, Wille zur Arbeit, Interesse muß die Mitgliedschaft als den lebendigen Inhalt der Organisation beseelen. Ohne diese Dinge bleibt auch die beste, urwüchsigste und räte-demokratischste Organisation ein toter Körper.

Für einen Menschen, der mit kritischem Blick die Arbeiterbewegung betrachtet, sie mit klarem, denkenden Kopf erlebt, ist dies alles platteste Selbstverständlichkeit. Mit dieser grundlegenden Erkenntnis muß eine Stellungnahme zu organisatorischer Arbeit und zu Organisationsformen der revolutionären Arbeiterbewegung auf jeden Fall in Einklang zu bringen sein! Nur dann ist die jeweilige Haltung das zwangsläufige Resultat eines prinzipiellen tieferen Denkens, untereinander und miteinander widerspruchslos verbunden.

Die AAUE. legt jedoch keinen Wert auf solche Dinge! Sie krampft ihre Argumente gegen unsere Bewegung dort, wo sie am billigsten zu haben sind, reiht sie aneinander und nennt das ganze „sachliche, prinzipielle Auseinandersetzung".

Gegenüber dem Versuch der KPD., sich auf „Betriebsorganisationen" zu fundamentieren, gegenüber der auf Betrieben fußenden Betriebsräte-Spielerei oder gegenüber dem zweifellos räte-demokratischen Aufbau der Zwickauer „Zeitgeist"-Union wird die AAUE. gleich uns antworten: „Name ist Schall und Rauch, organisatorische Formen und demokratische Selbstverwaltung allein besagen noch nichts. Alles kommt auf den Wert oder Unwert der Sache, auf die allgemeine Einstellung der Organisation, auf ihre praktische Tätigkeit an." Wenn wir diese Antwort geben, dann entspringt sie unserem oben umrissenen Grundsatz über Inhalt und Form; sie „paßt" in den diesbezüglichen „Gesamtrahmen" unserer Anschauung hinein. Die gleiche Antwort, jedoch von der AAUE. gegeben, entspringt nicht prinzipiellem, tieferem Denken sondern ist eine rein erfahrungsmäßige, fast traditionelle Redensart; geboren aus agitatorischer Zweckmäßigkeit!

Warum?

Erstens, weil die AAUE.-Genossen in ihrer parteiverneinenden Propaganda stets das durch politisch-parlamentarische Korruption übel beleumundete Wort „Partei" in den Mittelpunkt setzen. Der Satz: „Die Partei — parlamentarisch oder unparlamentarisch — ist Erscheinungsform der bürgerlichen Epoche; deshalb sind alle Parteien — trotz ihrer Unterschiedlichkeit — bürgerlich-kapitalistisch und müssen restlos zerschlagen werden", ist der unendlich primitive Sinn fast aller Propaganda der AAUE. Dadurch praktisch bedingt tritt ihre sachliche Auseinandersetzung mit dieser oder jener und auch mit unserer Partei in den Hintergrund, es geht dann nicht mehr um die prinzipielle Haltung zu diesem oder jenem Programm, zu der einen oder der anderen taktischen Methode, sondern um den Namen „Partei". Eine solche Agitation ist — so schädlich sie wirkt — einfach und billig; sie verursacht weder finanzielle noch geistige Unkosten, kann von jedem Plachkopf ausgeübt und schließlich auch von jedem verärgerten Indifferenten verstanden werden. Wenn letzterer nicht allzu dumm ist, sieht er — mit Recht! — in einer Partei den sinnlichen Begriff jeder Organisation und der „antiautoritäre", organisationslose, aber umso mehr „selbstbewußte Klassenkampf gegen alle Parteibonzen" ist fertig. Das ist Resultat der vor der AAUE. bislang geübten Propaganda der „Parteiverneinung und der Bekämpfung jeder Partei". Hierin zeigt sich, daß sie den von ihr bei anderer Gelegenheit benutzten Satz „Name ist Schall und Rauch" nicht als Selbstverständlichkeit anerkennt, sondern in den oben angeführten Fällen lediglich agitatorisch anwendet.

Die Zweite ist folgendes: Das die „Parteien" wegen ihres Namens von der AAUE. verfemt werden genügt noch nicht. Sie werden — beileibe nicht wegen ihrer stets unterschiedlichen Haltung oder Haltungslosigkeit, wegen ihres (meist wohlbezirklichen) Aufbaues beschimpft! In einer ganz offensichtlichen, drastischen Weise bringt die „Einheitsfront" das zum Ausdruck:

„Und wir erkannten damals, daß bei einer Partei, mag sie auch KAP. sein, stets solche politischen Irrgänge und Nachlässigkeiten hinter den „Politikern" sein werden, sein müssen."

Es liegt freilich nahe, zu entgegnen, daß ja auch in der AAUE. derartiges nicht ausgeschlossen erscheint. Nein, wir leugnen dies nicht. Wir sind überzeugt, daß die AAUE. infolge der bekannten Rückständigkeit der revolutionären Welle aber einmal ihre weiteren Organisationsformen, die BUs usw. entwickeln, erhalten konnte. Wer will ihr daraus einen Vorwurf machen? Es handelt sich um eine — hoffentlich schnell — vorübergehende Zeiterscheinung, die aber an den Bestrebungen und Ideen der Organisation nichts geändert hat. (?) **In solcher Zeit, in der nicht einmal mehr kräftige Betriebsorganisationen das alleinige Fundament der Union bilden, sind auch derartige Irrungen möglich.** Indessen, die AAUE. wird sie beseitigen — **oder sie wird eben nicht mehr sein!"**

Auch hier zeigt sich eine Ignorierung des von der AAUE. bei ihr passenden Gelegenheiten angewandten Satzes: „Organisatorische Formen und demokratische Selbstverwaltung allein besagen noch nichts; alles kommt auf die Grundsätze und Methoden, auf die praktische Betätigung der Organisationen an." Daß er dort angewandt und hier einfach das Gegenteil von ihm als „Grundsatz" aufgestellt wird, daß sich also die „Argumente" gegenseitig aufheben, in keinen logischen Beziehungen zueinander stehen, keiner kritischen Betrachtung widerstehen, zeigt die gänzlich unhaltbare Argumentation der AAUE.

Das zitierte „grundsätzliche Argument" der „Einheitsfront" macht noch einige weitere Bemerkungen zum Thema „Inhalt oder Form" erforderlich, zunächst ein Beispiel:

Wenn man auch von der Kleidung des Menschen einige Rückschlüsse auf seine Gesinnung vollziehen kann, absoluter Unsinn ist es, daraus logische oder auch nur erfahrungsmäßige Gesetze zu fabrizieren. Der im Gehrock mit seinem Stehkragen muß nicht „bürgerlich" denken, eben so wenig wie der schwielenübersäende Kohlenabträger Mitglied der Volksmarine-Division gewesen und revolutionärer Marxist sein muß. Letzteres müßten sie allerdings beide sein, aber ob sie's tatsächlich sind, ob sie nie einer werden oder gar schon morgen mit uns gemeinsam um den Kommunismus ringen, das kann uns die Kleidung nicht verraten. Dazu ist sie eben viel zu sehr äußere Form!

Das alles ist brutal einfach, selbstverständlich. Nun sehen wir uns einmal die Organisation an, die behauptet durch ihre Struktur, durch ihre Form ihre Mitgliedschaft, deren Gedanken und Taten in zweckdienlicher, revolutionär-marxistischer Weise wesentlich zu beeinflussen.

Zunächst muß die wohl unbestrittene Feststellung gemacht werden, daß die AAUE. theoretisch und praktisch nicht mehr getan hat als die ähnliche Allgemeine Arbeiter-Union; auch im Dienste des Klassenkampfes bestimmt nicht mehr geleistet hat als die — aus rein praktischen Gründen — auf Wohnbezirken aufgerichtete KA.„Partei". Als unsere Bewegung sich in Berliner und Essener Richtung spaltete, haben damals führende Geister der AAUE. diese Spaltung als eine notwendig dem „Partei"-Charakter entspringende bezeichnet. Wie sehr auch diese Argumentation zusammengekrampft, haltlos, unprinzipiell, widersprechend ist, offenbart schon rein praktisch die einzige Zeit seitdem sie einsetzende Spaltung der typischen „Unions"-Charakter aufweisenden AAUE. in Heidenauer, Zwickauer, Hamburger und Berliner Richtung.

Der Kampf gegen die KAP., die Forderung nach einer Einheitsorganisation nach einer wahrhaft urwüchsigen Union hat die ideologisch verschieden gerichteten Teile der Allgemeinen Arbeiter-Union zur AAUE. vereinigt. In dem tatsächlich vollzogenen Ausmaß wäre dies nie möglich gewesen, wenn ihre Begründer Achtung vor ihrer eigenen Auffassung gehabt und Wert auf ideologische Klarheit, auf einheitliche, prinzipielle Begründung gelegt hätten. Wir verkennen nicht daß die durch die letzte AAUE.-Reichskonferenz (November 1925) zum Ausdruck gelangten Auffassungen schon 1921 wenigstens einen großen Teil der Berliner Genossen der AAUE. bessen haben. Aber gerade darin zeigt sich, wie wenig Wert diese Genossen auf die Durchsetzung ihrer eigenen Anschauungen gelegt haben. Denn schon 1921 haben die Heidenauer Idealisten, die Zwikkauer Utopisten und die Hamburger Ueberföderalisten die grundlegenden Keime jener Auffassungen vertreten, die der AAUE. erst ein paar Jahre später Veranlassung zum Ausschuß derselben gaben. Durch die so geübte Verwischung und Nichtbeachtung ihrer ideologischen Grund- und (mit klarer Parolen möglichst schnell eine große Anhängerschaft zu sammeln) ist eine Sammlung ohne Einheit der Anschauungen vollzogen worden. Die se Leistung der AAUE. kann wahrhaftig keinen Anspruch darauf erheben als gut, revolutionär oder gar marxistisch bewertet zu werden. Wenn man sie nun noch gar — wie die „Einheitsfront" — auf die Struktur, auf den Unions-Charakter der Organisation zurückführt, dann kommt man auf Grund seiner (angeblichen) Resultate eher zu einer Ablehnung derartiger Organisationsformen. Das ist die innerlich notwendige Konsequenz für die „Einheitsfront"; für uns kommt sie allerdings nicht in Betracht, weil wir noch niemals der Organisationsform derartigen Wert angedichtet, sondern stets auf den Inhalt, auf ihre theoretische, politisch-wirtschaftliche und organisatorische Tätigkeit den entscheidenden Wert gelegt haben.

Zu den gleichen Schlüssen gelangte man, wenn man von den gegebenen Gesichtspunkten aus den geistigen Gehalt der Arbeit der AAUE. tatsächlich geleisteten Propaganda für die proletarische Revolution betrachtet. Auf die Verwischung der in der Arbeiterbewegung vorhandenen Gegensätze durch die von der AAUE. geübte (absolut falsche) Fragestellung „Wohnbezirks- oder Betriebsorganisation?" oder „Union" haben wir bereits hingewiesen. Das ist verdammt nicht nebensächlich! Ein Diskussionsredner, der in öffentlicher Versammlung sich hinstellt und sagt „Parteien sind das Resultat bürgerlicher Epoche; alle Parteien müssen zerschlagen werden. Nieder die Parteibonzen, die nur Posten und Diäten ergattern wollen, schaffen wir uns eine Klassenorganisation ohne bezahlte Funktionen, ohne Führer", der richtet gewaltiges Unheil an! Als revolutionärer Marxist müßte er in erster Linie die sachliche Unterschiedlichkeit der einzelnen Partei- oder Organisationsgruppierungen analysieren. Bei den bürgerlichen Parteien müßte er die politischen Interessen der an ihr jeweils interessierten Kreise aufzeigen, bei der KPD. müßte er über den Zusammenhang zwischen russischen National-Interessen und ihrer praktischen Politik aber auch über den Sinn des Leninismus wie seinen Selbst- und Klassenbewußtsein tötenden Konsequenzen sprechen und bezüglichen der KAP. müßte er ihre Grundsätze, ihre politischen Ansichtsäußerungen und ihre organisatorische Tätigkeit einer sachlichen kritischen Betrachtung unterziehen. Die Genossen der AAUE. aber tun dies nicht, was sie als revolutionäre Marxisten müßten, sie beschränken sich auf die oben gekennzeichnete Redensart und ihre Umschreibung. Damit erweisen sie der notwendigen Gewinnung sachlich, klar und nüchtern denkender Klassenkämpfer einen Bärendienst. Der größte Teil derjenigen, die auf Grund solcher flachen Propaganda zu ihnen stoßen, ist die personifizierte Negation wie Skepsis. Sie fallen bei einer der ersten Belastungsproben sofort wieder ab und wird — was er meist verdient war — indifferent oder resigniert.

Wir sehen: Auch die geübte praktische Propaganda der AAUE. ist nicht gut, unmarxistisch, absolut schädlich der revolutionären Sache. Wenn sie — nach der „Einheitsfront" — der notwendige Ausdruck des urwüchsigen „Unions"-Charakters der AAUE. sein soll, dann zum Teufel mit solchen Organisationsformen! Wir aber glauben nicht daran, daß Formen jemals den Inhalt bestimmen werden, wir sehen die absolut falsche Propaganda als Ausdruck einer ideologischen Unreife, als Resultat eines flachen, starren, mechanischen Denkens an und beurteilen sie in entsprechender Weise.

Und die ist die Pudelkörnung!

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schwarz, Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Fritzsche, Berlin O 17, Lottumstr. 10.

7. Jahrg. Nr. 10

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Februar 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 40)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Volksentscheid oder Revolution?

„Volksentscheid tönt es durch alle Gassen. Volksentscheid Trepp-auf, Trepp-ab. Volksentscheid ist die Parole des Tages, der KPD., der SPD., der Gewerkschaften. Volksentscheid verlangen nach der „Roten Fahne" die Arbeiter, die Intellektuellen, die Hebammen und Wöchnerinnen, die Schlächtermeister und Arbeitslosen, die Kriegskrüppel und Parlamentarier, die Schulkinder und die Scheidemänner. Also Volksentscheid, denn diese Bewegung ist ja so elementar, der Haß gegen die Hohenzollern und sonstige bekrönt gewesene Sippe so unbezähmbar, daß der Sieg gewiß ist. Der Antrag auf Volksbegehren ist bereits eingereicht. Die Einheitsfront geschlossen. Die Schlacht schon halb gewonnen. „Keinen Pfennig den Fürsten!"

Was ist das? Was ist der Volksentscheid?

Wir müssen alle Schauermärchen beiseite räumen und einzig und allein mit der Methode des revolutionären Marxismus diesem Begriff zu Leibe gehen, ihn auf seine gesellschaftliche Bedeutung untersuchen und das Problem bei den Hörnern packen. Das revolutionäre Proletariat kann sich nicht auf das Niveau einer verärgerten Waschfrau einlassen, sondern muß in seinem Kampf um eine neue Welt, in seinem Kampf gegen die kapitalistische Klasse und ihre Ideologie den sicheren Kompaß haben, soll es nicht dauernd der Hofnarr der bürgerlichen Klassen und ihrer parlamentarischen Fresser werden.

Der Volksentscheid ist ein Bestandteil des bürgerlichen Parlamentarismus und der kapitalistischen Verfassung. Und mit diesen Waffen des Worten der KPD. so furchtbaren Waffe, soll das Proletariat einen Eingriff in das bürgerliche Privateigentum vornehmen. Es soll die Enteignung der Fürsten vornehmen. Und, was das Schönste ist, nicht einmal selbst. Mit Hilfe des Volksentscheids soll die kapitalistische Regierung selbst diese Expropriation vollziehen. Nach der Expropriation soll diese kapitalistische Regierung auf Grund eigens erlassener Gesetzesbestimmungen den enteigneten Betrag sowie die Besitzungen an Land, den Erwerbslosen, Kriegsbeschädigten, sonstigen armen Leuten und Kleinbauern zuführen. — Wenn dies möglich ist, wenn die Expropriation des Kapitals möglich ist durch das Mittel des bürgerlichen Parlamentarismus, so ist es ganz natürlich, daß die proletarische Revolution selbst eine höchst überflüssige Sache ist. Wenn man mit Hilfe des Volksentscheids einen Teil der Kapitalisten — und das ist gar kein kleiner Teil — enteignen kann durch die kapitalistische Regierung selbst, so kann man es auch bei dem übrigen Teil; dann ist der Kommunismus, die Aufhebung der Lohnsklaverei in der Tat eine Frage der Volksabstimmung, und die Klassenrichter wären in ihrem Recht, alle revolutionären Proletarier, die an diesen Schwindel nicht glauben und der kapitalistischen Gesellschaft mit Gewalt zu Leibe wollen, durch die Klassenjustiz zu erledigen. Wenn dem so ist, dann müssen wir freimütig bekennen, daß unser Programm ein einziger großer Irrtum, und alle Kämpfe mit dem Kapital, alle Opfer, die bisher gebracht wurden, das Resultat dieser Irrtümer sind. Dann hinein in die Gewerkschaften, hinein in die SPD., der mit der Demokratie als die sichere Marschroute vom Reich der Hölle des Proletariats in das Reich des Sozialismus.

Die Frage also, ob das revolutionäre Proletariat für Enteignung der Fürsten und damit für den Volksentscheid ist, ist eine blöde Demagogie. Es ist die Frage der Pädagogen der alten Schule an den Pflegebefohlenen, nach ertapptem Fehltritt, ob er ein anständiger Kerl werden will und damit die verdienten fünfundzwanzig auf den Hintersten als notwendig anerkennt. Diese Frage so an einen revolutionären Arbeiter stellen, heißt den Versuch unternehmen, den Gegner durch die eigene Dummheit oder Borniertheit schachmatt zu setzen. Unsere Argumente können deshalb nicht auf diesem Gebiet liegen. Dem letzten Endes ist der Kommunismus nicht der Exrakt einer Mischung von Borniertheit und Dummheit. Und wer nicht will(ens), oder in der Lage ist, auf sachliche, prinzipielle Argumente einzugehen, den muß man eben in seinem Sumpf stecken lassen. Der Frosch kennt nichts Erhabeneres als seinen Drecktümpel.

Die Ideologie, die der Parole des Volksentscheids zu Grunde liegt, ist eine kleinbürgerlich-nationalistische. Das „Volk", also „Wir" geben diesen Herrschaften keinen Pfennig. Wer ist das „Volk"? Wer ist „Wir"? Das „Volk" ist die Arbeiterklasse, die Entrechteten, die Besitzlosen, die Ausgebeuteten und die — Ausbeuter, die Besitzer der Produktionsmittel, die Kapitalisten. Diesem „Wir" liegt diese Erkenntnis des Klassenstaates, des Klassenkampfes, der Klassengesellschaft nicht zu Grunde. **Diesem „Wir" liegt die Ideologie zu Grunde, daß die Proletarier in diesem Klassenstaat, ohne daß sie die Macht haben, etwas zu bestimmen hätten!** Und diese Ideologie ist die Ursache der Schwäche und Hilflosigkeit des Proletariats. Das Proletariat wird durch die Bestärkung dieses Glaubens in dauernder Knechtschaft und Knechtseligkeit erhalten. Es kommt nicht zum Klassenbewußtsein, und fühlt sich als „Teil des Volkes", fühlt national, antiproletarisch. Ein solches Proletariat wird niemals gefährlich für seine Ausbeuter. Nicht auf die Masse an sich, auf die Erkenntnisse von den Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes, von denen diese Massen durchdrungen sind, kommt es an. Alle Fragen des gesellschaftlichen Lebens sind Machtfragen, selbst die kleinste Frage der Verfassungsänderungen.

An diese klassenkampffremde Ideologie appellieren die KPD., SPD. und die Gewerkschaften. Nicht von ungefähr. Sie haben dazu alle Ursache! Die Wirtschaftskrise, die im Lande rast, nimmt immer besorgniserregendere Formen an. Um diese Zeit, — Anfang Februar — ist in den üblichen Winterkrisen der Höhepunkt bereits überschritten. Die gegenwärtige Krise nimmt immer noch an Ausdehnung zu. Selbst die in nächster Zeit einsetzende geringe Baukonjunktur, der Beginn der Arbeiten in der Landwirtschaft wird durch die Zahl der angeforderten Arbeiter den Arbeitsmarkt ganz unwesentlich beeinflussen. Dem deutschen Kapital ist bei der heutigen Weltmarktlage der Uebergang in eine höhere Produktionsform noch nicht möglich. Die Lage ist in der Tat verzweifelt! Sie stellt an die Nerven des Proletariats, an den Glauben, daß die kapitalistische Klasse einen neuen Ausweg finden würde, immer größere Anforderungen. Denn das Proletariat ist eben trotz alledem eine unberechenbare Größe. Ein Anstoß genügt oft, um alle Erinnerungen wachzurufen, die revolutionären Ideen verbreiten sich oft wie Flugsand in die vor dem Abgrund stehenden Massen. Die Gefahr liegt sehr nahe, daß infolge der kritischen Lage revolutionäre Erschütterungen einsetzen könnten; den der heutige konterrevolutionäre Boden ist trotz alledem revolutionär unterwühlt.

Es liegt auf der Hand, daß diese Lage alle Arbeiterorganisationen vor diese Fragen stellt. Wenn auch jeder Arbeiter weiß, daß mit ein paar verrosteten Trommelrevolvern der Feind nicht erledigt werden kann, so verlangt die Lage doch gebieterisch eine Erklärung der Dinge, eine Perspektive für die kommenden Monate. Diese Erklärung kann falsch sein — dann korrigiert die Geschichte diesen Irrtum in der Praxis. Oder sie kann die sein, die die KAPD. gibt:: Daß der Kapitalismus Katastrophe auf Katastrophe häuft und keinen Ausweg mehr findet — dann liegt für diese Arbeiterorganisationen die Gefahr vor, daß die Arbeiter selbst die Konsequenzen aus den Handlungen ziehen, die sie auf Grund der Lage für notwendig halten. In jedem Falle ist für die parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften die für sie günstigste Situation die, **um die Aufrollung der Grundfrage: „Die kapitalistische Krise und die Arbeiterklasse" herumzukommen, eine Parole zu finden, die die Massen von der Kernfrage ablenkt!** Man muß sagen, daß ihnen das vorderhand glänzend gelungen ist. Jeder revolutionäre Arbeiter wird bei nüchterner und ruhiger Ueberlegung zugeben müssen, daß die Parole des Volksentscheids die Parole ist, die das Proletariat den Auswirkungen der kapitalistischen Krise ausliefert. Eine tatkräftigere Hilfe kann sich die herrschende Klasse nicht wünschen.

Denn es ist eitel Demagogie, daß der ADGB. und die SPD. durch den „Druck der Massen" gezwungen wurden, eine Schwenkung vorzunehmen! Die Einschwenkung verschafft ihnen einen gewissen revolutionären Nimbus bei den Massen. So gewinnen sie Zeit, und können ihre wirkliche Politik — siehe Stellung zur Lutherregierung — ungehindert fortsetzen. Weiter ist es ein taktisches Manöver, insofern, als sie hiermit beweisen können, daß man sie nicht ungestraft von der großen Koalition ausschließen kann. Die Gewerkschaften als die „Schulen für den Sozialismus" — heiliger Dudelsack! — stehen dieser Wirtschaftskrise gegenüber wie nasse Katzen im Wind. So laufen die Massen dem „Volksentscheid" nach, und die Herrschaften haben Ruhe, ein Erfolg, der der KPD. nicht gesonnälert, oder gar streitig gemacht werden soll. Was Massenbetrug und Massenverwirrung anbelangt, hat sie hierin erneut bewiesen, daß sie Erhebliches zu leisten vermag.

Denn diese Gründe für die Ablenkung bestehen auch für die KPD. **Mit ihrer Gewerkschaftspolitik und Einheitsfrontaktik ist sie gezwungen, jede prinzipielle und grundsätzliche Propaganda einzustellen.** Dazu kommt noch ein weiterer Grund. Auf dem vor kurzem zu Ende gegangenen 14. Parteitag der Bolschewiki haben sich die Verhältnisse in Rußland klarer als je zuvor in den Debatten wiedergespiegelt. Ein Teil der alten Garde der Bolschewiki erklärte dort, daß das Gerede von Kommunismus in Rußland Quatsch sei, daß von den 130 Millionen Menschen ungefähr 5½ Millionen Lohnarbeiter seien, davon eine Million Landarbeiter und 700 000 Arbeitslose. Unter diesen Umständen könnte man nicht von einer „sozialistischen Industrie" reden, sondern es wäre noch ein sehr, sehr langer Weg. Trotzdem der Parteitag beschloß, daß es doch „Sozialismus" sei, haben es die Komintern und das Zentralkomitee der RKP. nötig gehalten, in einem Briefe an die Sektionen zu betonen, daß eine Diskussion in den Sektionen über die russische Frage nicht erwünscht sei. — Deswegen ist diese Parole für die KPD. ein gefundenes Fressen. Ihre Leute rennen wie die Irrsinnigen einer Fata-Morgana nach und kommen nicht auf revolutionäre Gedanken. Beim praktischen Kommunismus gilt immer die Devise: „Leute beschäftigen"! So auch hier. Schade um die Energie, den Opfermut, den Proletarier aufbringen, angeblich und im Glauben ihrer Klasse zu nützen, wobei sie doch nur die bedauernswerten Opfer gewissenloser Politikanten sind.

Es ist nicht schwer, vorauszusehen, wie diese Hetzjagd wieder mit einem fürchterlichen Katzenjammer enden wird. Schon jetzt tritt die Klassenscheidung klar zu Tage. Die Arbeiter können erst mal wochenlang Stimmen sammeln. Die kapitalistische Regierung beginnt bereits einen gefährlichen Kompromißvorschlag vorzubereiten. Jedes Kind weiß, daß die kapitalistische Regierung auch in dieser Frage der Enteignung keinen Präzedenzfall für künftige Fälle schaffen wird. So läßt man die Stimmung einstweilen verrauchen und beginnt mit der Herausarbeitung des Gedankens, daß dieses Experiment im wahrsten Sinne des Wortes der leibhaftige Bolschewismus wäre ein Anriff auf das bürgerliche Privateigentum überhaupt. Die demokratischen Zeitungen, an der Spitze die „Welt am Montag", stoßen in dieser Richtung bereits vor. Man redet bereits von Verfassungsänderung, bald wird man von Staatsstreich reden. An sich wird die Regierung vorderhand die vom Volksentscheid hypnotisierten Kleinbürger ruhig toben lassen, denn auch sie braucht eine Ablenkung bitter nötig. Zum Schluß nimmt man — wenn man nicht nur in dieser, sondern der sich türmenden Schwierigkeiten überhaupt nicht mehr Herr werden kann — die SPD. wieder in die Regierung hinein, und die Noske, Scheidemann und Wels werden dann den Arbeitern über Volksentscheid und Demokratie Unterricht geben. Der Spuk ist beendet. Die Regierung und die „Arbeiterorganisationen" haben ihre Pflicht getan.

Wo die Arbeitermassen gehen

Verkappte Große Koalition

Die Regierung der Schwebe.

Es gibt Dinge, die nur in Deutschland möglich sind. Hierzu gehört das zweite Lutherkabinett, das dreizehnte seit der Begründung der deutschen Demokratischen Republik, eine Regierung der Minderheit, eine Notlösung der „ewigen" Regierungskrise in Deutschland. Wie unterhöhlt und brüchig der bürgerliche Parlamentarismus ist, zeigen die Worte der Antrittsrede dieses Vertrauensmannes der Großkapitalisten und Junker, der sich in der parlamentarischen Schwatzbude wie folgt äußerte über diese „Notgemeinschaft":

„Wir sind eine Minderheits-Regierung, weil die Bildung von Mehrheits-Regierungen gescheitert war. **Irgendwie muß Deutschland doch schließlich regiert werden.** (Allseitige heitere Zustimmung.) Es ist sehr billig, die Dinge mit leichtem Humor zu behandeln, aber uns in der Regierung ist gar nicht nach Humor und nach kleinen Witzen zumute. (Beifall in der Mitte.) Wie soll denn eine Regierung der Mitte anders aussehen als wir? Wie soll denn eine neutrale Regierung aussehen, wenn sie nicht die verschiedenen Parteien der Mitte umfaßt?"

Diese „neutrale" Regierung der Mitte (Volkspartei, Zentrum und Demokraten) machte die Volksvertreter dadurch kirre, daß Luther ganz energisch mit der Faust auf den Tisch schlug und erklärte, die Quasselbude einfach aufzulösen, wenn er keine „Vertrauensgrundlage" erhielte. Das wirkte geradezu verblüffend! Da die kleinbürgerliche Barmat-Sozialdemokratie erkannte, daß bei Neuwahlen die Mittelparteien beinahe vollkommen verschwinden (also Ende der Weimarer Koalition) und nur die ganz rechts und ganz linksgerichteten Parteien stark aus einem solchen Wahlkampf hervorgehen würden, blieb sie „neutral", übte Stimmenthaltung und rettete Luther, weil er außenpolitisch durch den Abschluß die Locarno-Verträge und wegen des bevorstehenden Eintritts Deutschlands in den Völkerbund ihr imponierte.

Damit ist allerdings die dauernde, verheerend für das Proletariat wirkende Wirtschaftskrise, die sich politisch in der fortwährenden Regierungskrise widerspiegelt, in der kapitalistischen Republik keineswegs beseitigt. Inanbetracht der Auswirkungen der furchtbaren Wirtschaftslage, den Millionenheeren von Arbeitslosen, Kurzarbeitern und Ausgesperrten, die als Opfer der Unternehmeroffensive dem Hunger, der Verzweiflung und Vernichtung überantwortet werden, konnte die SPD. nur durch ihre Nichtbeteiligung an der Regierung ihren Nimbus vor dem gesamten Proletariat retten, das einstweilen mit dem Volksentscheid-Popanz zur Enteignung der Ex-Fürsten beschäftigt und damit von der Erkenntnis der wirklichen Ursachen seiner entsetzlichen Klassenlage wunderbar abgelenkt wird. Jetzt haben diese Sozialpatrioten zwei Eisen im Feuer: auf der einen Seite zeigen sie der Bourgeoisie, welche Schwierigkeiten unter Umständen ihre gut gespielte Opposition dem Lutherkabinett bereiten kann und andrerseits vertrösten sie die Proletarier durch ihr Manöver mit der „einzigen Arbeiterpartei" Deutschlands, der KPD.

In diesem bürgerlich-parlamentarischen Sumpf, gefesselt an das kapitalistische Chaos durch Gewerkschaften und parlamentarische Parteien wird die Arbeiterklasse Deutschlands mit ihren demokratischen Illusionen zum Schacherobjekt der am Ausbeutungssystem interessierten „Arbeitervertreter" in den Parlamenten. Der „Rationalisierungsplan" der Wirtschaft, das Abbauprogramm der Unternehmer, wird mit einer Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit sondergleichen durchgeführt. Die Wortführer der Bourgeoisie, die sich vor der Bildung des zweiten Luther-Kabinetts um die Große Koalition oder um die Errichtung der offenen Diktatur in Staat und Wirtschaft stritten, gebrauchen jetzt, ohne zu verheimlichen, die verschleierte Große Koalition als willkommenes Mittel zur Festigung ihrer brutalen Macht. Die breite Masse der deutschen Industrie trottet auf der großen Heerstraße vorwärts, die gekennzeichnet wird durch die alten Systeme: Schutzzoll und durch Schutzzoll gesicherte Kartelle, also ausgesprochene Monopolwirtschaft. Dadurch und infolge ihres Mangels an richtigen, d. h. wirklich modernen Produktionsmitteln sowie der Zerstörung des inländischen Absatzmarktes in der Inflationszeit, bleibt den deutschen Kapitalisten beim Kampf um den Markt durch Unterbietung der Weltmarktpreise kein anderer Ausweg zur Ueberwindung der Krise als die weitere Herabdrückung der Lebenshaltung des Proletariats auf einen Hungerzustand, wie er noch nie und nirgends bestanden hat in der modernen kapitalistischen Gesellschaft, ferner scharfe Trennung des Proletariats in willenlos unterjochte Lohnsklaven und in ein Heer dauernd dahinvegetierender Arbeitsloser als Druckmittel gegen das Aufbäumen der noch notdürftig Beschäftigten. Das Geschrei der Zunftgewerkschaften und der Barmatsozialisten nach höheren Löhnen zur Erweiterung des inneren Marktes, um die Produktion in Gang zu bringen, würde in Wirklichkeit umgesetzt nichts weniger bedeuten, als die Streichung des kapitalistischen Profits und Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Das ist der entscheidende Punkt, auf den alles ankommt. Die Arbeiterklasse muß vom Standpunkt der Unternehmer mit ihrem Gesamteinkommen so niedrig gehalten werden, daß der Mehrwert außer zum Unterhalt der Kapitalistenklasse und ihres Trosses auch noch zur Akkumulation ausreicht. Geschieht dies nicht, so kann nicht akkumuliert werden, und das kapitalistische System würde kaput gehen. **Die kapitalistische Akkumulation beruht also auf der Niederhaltung des Konsums des Proletariats.**

Dagegen kann kein Gewerkschaftskampf" mit den bisher üblichen Methoden angewandt werden. Hier gilt es den Kampf ums Ganze, um die politische Macht aufzunehmen.

Die Bourgeoisie hat dies erkannt und ihr Ausschluß ist sofort nach seiner formellen Genehmigung schleunigst daran gegangen, die demokratischen Einrichtungen der deutschen Republik abzubauen, zunächst unter der Parole „Wahlreform", die wie folgt aussieht:

> Die Bourgeoisie hat dies erkannt und ihr Ausschuß ist verleger macht Mitteilungen über den Inhalt der „Wahlreform", die von der Luther-Regierung jetzt bekanntlich als eine der dringlichsten Aufgaben des Regierungsprogramms vorbereitet wird. Demnach stehen im Reichsministerium des Inneren die Vorarbeiten zu dem Gesetzentwurf über die Wahlreform vor dem Abschluß. Als Ziel wird die Abschaffung der Listenwahl, die Einführung der Persönlichkeitswahl und die Erzielung „möglichst klarer Mehrheitsverhältnisse" angestrebt. Die Reststimmen sollen in anderer Weise als bisher verrechnet werden. Anstelle der bisherigen großen Wahlgreise werden wahrscheinlich 156 kleinere Kreise geschaffen. Anstelle von 60 000 Stimmen sollen in Zukunft auf ein Mandat 70 000 Stimmen entfallen, so daß sich die Abgeordnetenzahl verringert. Auch soll das Wahlalter von 20 auf 21 heraufgesetzt werden. Diese Vorlage soll möglichst bald dem Reichstag zugehen."

Also auch hier Erneuerung und Stärkung der früher innegehabten Machtpositionen durch Rückkehr zum alten Reichstagswahlrecht. Ebenso eifrig sind die Unternehmer bemüht, den „Untertanengeist" in den Betrieben wieder herzustellen. Die deutschen Unternehmerverbände schwärmen für Mussolini und seine Methoden des Arbeitsgesetzes der „Kollektivarbeitsverträge" usw. mit denen sie ihre Mitglieder durch geheime Rundschreiben vertraut machen. So wird in Deutschland eine Atmosphäre geschaffen, die die Leiden und die bis zum Weißbluten gesteigerte Ausbeutung des Proletariats von Tag zu Tag unerträglicher macht.

Für die Schwerindustrie bedeutet die Erfüllung des Dawesplanes in gewisser Beziehung ein sicheres und nutzbringendes Geschäft durch die Ausführung der von der Demokratischen Republik zu bezahlenden Reparationslieferungen, die z. B. im ersten Jahr des Dawesplanes (vom 1. Sept. 24 — 31. Aug. 25) annähernd 500 Millionen Mark betrugen, eine bei der jetzigen Lage des deutschen Kapitals nicht unerhebliche Unterstützung. Dafür wird der „Friedensvertrag" von Locarno gern hingenommen und trotz der völkischen und deutschnationalen Fanatiker, die diese „Unterjochung" durch den britischen Imperialismus als mit ihrer „nationalen Würde" nicht vereinbar ansehen. Die Noske-Partei ist an die Locarno-Politik der Großbourgeoisie gekettet, und die leninsierte KPD. fordert ihre Mitglieder zur Bildung von Einheitskomitees mit den SPD.-Anhängern auf, um getreu dem Ekkikurs eine Linksblockbewegung der Arbeiter herzustellen. Die deutsche Sektion der Komintern tritt also immer offener für den reformistischen Sumpf ein, soweit die von ihr geförderte Politik des Eintritts in die Gewerkschaften nicht schon vorher dessen Unterstützung bedeutete. Ihr Ablenkungsgeschrei, daß die SPD.-Fraktion Verrat übte an der Arbeiterklasse durch Stimmenthaltung und zweitens dem reaktionären Luther-Kabinett das Dasein ermöglichte, ist durch ihre „positive Arbeit" im Preußenparlament zu erklären. Dort hat die KPD.-Fraktion dem arbeiterfeindlichen Kabinett der Großen Koalition unter Braun und Severing seinerzeit durch Stimmenthaltung bei der Abstimmung über das Mißtrauensvotum zweimal die Existenz gesichert. Und sogar der Locarno-Regierung des ersten Lutherkabinetts wurde durch Stimmenthaltung der KPD. beim Mißbilligungsantrag ihrer Außenpolitik seinerzeit das Dasein verlängert.

Darum muß der klassenbewußte Teil des Proletariats alle, diese parlamentarischen Oppositionsparteien, als korrumpiert und verbunden mit dem Ausbeutungssystem der bürgerlichen Gesellschaft bekämpfen, denn sie alle leisten offen oder verschleiert Arbeit für die Reaktion, für die Gegenrevolution. Die Kommunistische Arbeiter-Partei und die Allgemeine Arbeiter-Union haben inmitten aller Stürme das revolutionäre Banner hochgehalten und in den schwierigsten und schwärzesten Tagen ausgeharrt auf vorgeschobenem Posten unter den größten Opfern und durch die zähe Ausdauer der Proletarier, die von dem unerschütterlichen Glauben an den Sieg des Proletariats beseelt, niemals schwankten. Das allein erforderte schon Riesenkräfte. Jetzt gilt es jedoch, mit unwiderstehlicher Wucht vorwärts zu gehen, von neuem zu rüsten, um in den kommenden Bürgerkriegsstürmen endgültig das Eis zu brechen und dem Proletariat die neuen Ufer zu weisen.

Nicht, wie die leninsierte KPD. es macht, um unter zu tauchen im reformistischen Sumpf, sondern um die revolutionäre Kraft, das revolutionäre Wollen auszulösen, um den Radius der revolutionären Erkenntnis zu erweitern und durch Schaffung schlagkräftiger wirklich revolutionärer Klassenkampforganisationen, gepaart mit dem revolutionären Klassenbewußtsein, dem internationalen Proletariat wegbereitend und beispielgebend voranzugehen.

Denkt an die politischen Gefangenen!
Die Bourgeoisie mordet sie in Zuchthäusern
Sie warten auf aktive Solidarität!

Zur Kulturfrage

I.

Die Entwicklung der Gesellschaft ist ein einheitlicher Prozeß. Das bedeutet soviel, daß auf einem Punkte des gesellschaftlichen Lebens eine gewisse Phase der Entwicklung nicht erfolgen kann, ohne daß ihre Wirkungen auf allen übrigen Punkten fühlbar werden würde. Durch diese Einheitlichkeit und diesen Zusammenhang der gesellschaftlichen Entwicklung wird es möglich, daß man denselben Prozeß aus dem Standpunkt sowohl der einen als auch der anderen gesellschaftlichen Erscheinung erfassen kann, und daß man doch zum Verstehen desselben Prozesses gelangt. Aus diesem Grunde kann man über die Kultur, in ihrer scheinbaren Isolierung von den übrigen gesellschaftlichen Erscheinungen sprechen. Denn, wenn wir die Kultur einer Zeit richtig erfassen, so haben wir in ihr die Wurzel der Gesamtentwicklung dieser Zeit erfaßt und somit sind wir ebendorthin angelangt, als wenn wir von der Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse ausgegangen wären.

Wenn man die Kultur zweier Epochen aus dem Aspekte der Wissenschaft betrachtet, dann taucht vor allem die Frage auf: Welche sind die soziologischen und ökonomischen Bedingungen des Bestehens der Kultur? Von diesem Zusammenhange aus ergibt sich von selbst die Antwort auf die Frage, womit man hätte anfangen müssen: **Was ist eigentlich Kultur?** Kurz zusammengefaßt: **Der Begriff der Kultur** (im Gegensatz zur Zivilisation) **umfaßt sämtliche wertvolle Produkte und Fähigkeiten, die in bezug auf den unmittelbaren Lebensunterhalt zu entbehren sind.** Zum Beispiel die innere und äußere Schönheit eines Hauses gehört zum Begriff der Kultur, im Gegensatz zu seiner Festigkeit und Heizbarkeit usw. Wenn wir daher fragen: was ist die gesellschaftliche Möglichkeit der Kultur, so müssen wir antworten, sie wird durch diejenige Gesellschaft geboten, in der die primären Lebensbedürfnisse so befriedigt werden können, daß man ihrer Befriedigung willen nicht eine derart schwere Arbeit leisten muß, die die Lebenskräfte völlig in Anspruch nehmen würde. Wo also freie Energien zur Verfügung der Kultur stehen.

Eine jede alte Kultur war daher die Kultur der herrschenden Klassen. Nur die herrschenden Klassen waren in der Lage, alle ihre wertvollen Fähigkeiten, unabhängig von allen Sorgen der Lebenserhaltung, in den Dienst der Kultur zu stellen. Der Kapitalismus hat auch hier — wie überall — die ganze Gesellschaftsordnung revolutioniert. Indem er die Standesvorrechte aufgehoben hat, hat er auch die kulturellen Vorrechte der ständischen Gesellschaft aufgehoben. Der Kapitalismus hat nämlich die herrschende Klasse, die Bourgeoisie, selbst in den Dienst der Produktion getrieben. Das wesentliche, unterscheidende Kennzeichen des Kapitalismus zum Unterschiede von den früheren Gesellschaftsordnungen ist, daß in ihm die ausbeutende Klasse selbst den Produktionsprozeß unterworfen ist; sie selbst ist gezwungen, ihre Kräfte dem Kampf um den Profit herzugeben, ebenso wie der Proletarier im Interesse seiner Lebenserhaltung dazu gezwungen ist. (Zum Beispiel: Fabriksdirektor und im Gegensatze zu ihm der Gutsherr zur Zeit der Leibeigenschaft.) Scheinbar widerspricht dieser Behauptung die große Anzahl von Nichtstuern, die die kapitalistische Klasse aus sich selbst erzeugt hat und denen sie arbeitslose Wohlfahrt zukommen ließ. Doch auch hier darf unsere Aufmerksamkeit nicht durch oberflächliche Erscheinungen von dem Wesen der Sache abgelenkt werden. Für die Kultur sind immer nur die besten Kräfte der herrschenden Klassen in Betracht gekommen. Diese wurden in den dem Kapitalismus vorangegangenen Zeiten unter solche Verhältnisse gebracht, daß sie ihre Fähigkeiten in den Dienst der Kultur stellen konnten. Der Kapitalismus hingegen hat gerade diese zu Sklaven der Produktion gemacht, ähnlich wie die Arbeiter, wenn er auch ihre Sklaverei materiell ganz anders bewertet hat. **Die Zivilisation schaffte zwar die „Herrschaft des Menschen über die Natur, doch geriet der Mensch demzufolge selbst unter die Herrschaft derjenigen Mittel, welche ihm die Möglichkeit gegeben hatten, über die Natur zu herrschen. Der Kapitalismus bezeichnet den Höhepunkt dieser Herrschaft.** Im Kapitalismus gibt es überhaupt keine Klasse, die infolge ihrer Lage in der Produktion zur Schaffung der Kultur berufen wäre. Die Zertrümmerung des Kapitalismus, die kommunistische Gesellschaft erfaßt die Frage gerade bei diesem Punkte. Sie will eine solche Gesellschaftsordnung schaffen, in welcher einem jeden eine derartige Lebensweise zuteil wird, die in den dem Kapitalismus vorgegangenen Zeiten nur die herrschenden Klassen führten, in welcher Lage sich aber während des Kapitalismus keine einzige Klasse befinden konnte.

Damit beginnt erst wirklich die Geschichte der Menschheit. Ebenso wie die Geschichte im alten Sinne mit der Zivilisation begonnen hat, und die Kämpfe des Menschen mit der Natur in die „prähistorische" Epoche gereiht werden, so wird die Geschichtsschreibung kommender Epochen die wirkliche Geschichte der Menschheit mit dem entwickelten Kommunismus beginnen. Die Herrschaft der Zivilisation wird dann als die zweite „prähistorische" Epoche gelten.

II.

Demnach war das wichtigste Kennzeichen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, daß das wirtschaftliche Leben aufgehört hat, ein Mittel der gesellschaftlichen Lebenshaltung zu sein; es hat sich in ihren Mittelpunkt verschoben, es ist zum Selbstzweck, zum Ziel jeder gesellschaftlichen Tätigkeit geworden. Die erste und wichtigste Folge davon war daß das Leben der Gesellschaft sich zu einem großen Tauschverhältnis umgewandelt hat, daß die gesamte Gesellschaft einen großen Markt gebildet hat, in den einzelnen Lebensfunktionen äußerte sich dieser Tatbestand darin, daß sowohl ein jedes Produkt der kapitalistischen Epoche, als auch alle Energien eines jeden Produzierenden und Schaffenden sich in Warenform gekleidet haben. Alles hat aufgehört, für sich, seines inneren (zum Beispiel künstlerischen, ethischen) Wertes wegen, wertvoll zu sein, es hat nur Wert als eine auf dem Markte verkaufbare oder kaufbare Ware. Wie zerstörend das auf eine jede Kultur, ob sie sich in Taten oder im Schaffen von Kunstwerken, oder in Institutionen äußert, gewirkt hat, bedarf keiner eingehenden Analyse. Ebenso wie die Unabhängigkeit des Menschen von den Sorgen der Lebenserhaltung, die freie Ausnützung seiner Kräfte, als Selbstzweck, die menschliche und gesellschaftliche Vorbedingung der Kultur ist, so kann alles, was die Kultur hervorbringt, nur dann wirklichen Kulturwert besitzen, wenn es für sich wertvoll ist. In dem Moment, wo es Warencharakter annimmt, wo es sich in die Beziehung einordnet, die es in Ware verwandelt, hat seine Autonomie, die Möglichkeit der Kultur, aufgehört.

Aber auch in einem anderen Punkte hat der Kapitalismus die gesellschaftliche Möglichkeit der Kultur in ihren Wurzeln angegriffen. Dieser Punkt ist sein Verhältnis zu der Hervorbringung der Kulturprodukte. Wir sahen: aus dem Gesichtspunkte des Produktes ist die Kultur unmöglich, wenn die Produkte nicht ihren Zweck in sich tragen. Aus dem Gesichtspunkte des Produktes ist die Kultur unmöglich, wenn die Produkte nicht ihren Zweck in sich tragen. Aus dem Gesichtspunkte des Verhältnisses zwischen dem Produkt und seinem Erzeuger ist Kultur nur dann möglich, wenn die Entstehung eines jeden Produktes aus dem Standpunkte seines Schöpfers ein einheitlicher und abgeschlossener Prozeß ist. Und zwar ein solcher Prozeß, dessen Bedingungen von den menschlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten des Schöpfers abhängen. Das charakteristische Beispiel eines solchen Prozesses ist das Kunstwerk, wobei die ganze Entstehung des Werkes ausschließlich das Resultat der Arbeit des Künstlers ist und eine jede Einzelheit des entstandenen Werkes durch die individuellen Qualitäten des Künstlers bedingt ist. In den dem Kapitalismus vorangegangenen Zeitalter hat dieser künstlerische Geist die ganze Industrie beherrscht. Das Drucken des Buches war im Wesen ebensowenig von seinem Schreiben verschieden, als das Malen eines Bildes von der Verfertigung eines Tisches verschieden war (in bezug auf den menschlichen Charakter der Entstehung). Die kapitalistische Produktion hingegen nimmt dem Arbeiter nicht nur das Eigentum der Produktionsmittel, sondern infolge der immer stärker entwickelnden und immer mehr spezialisierten Arbeitsteilung gliedert es den Entstehungsprozeß des Produktes in solche Teile, deren kein einziger etwas für sich Sinnvolles, in sich Abgeschlossenes hervorbringt. Die Arbeit keines einzigen Arbeiters ist mit dem fertigen Produkt in unmittelbarer und wahrnehmbarer Verbundenheit; dieses Produkt hat nur für die abstrakte Berechnung des Kapitalisten einen Sinn, nur als Ware ist es sinnvoll. Die Unmenschlichkeit dieses Verhältnisses wird noch die Ausbreitung der Maschinenindustrie noch gesteigert. Denn bei der Innerhalb der Manufaktur entstandenen Arbeitsteilung, wenn der Verfertigungsprozeß auch noch so sehr gegliedert und zerstückelt war, war die Qualität der einzelnen Teilprodukte unbedingt von den körperlichen und geistigen Fähigkeiten des Arbeiters bedingt. In der entwickelten Maschinenindustrie hingegen ist zwischen dem Produkt und dem Erzeuger selbst jede Verbindung aufgehoben. Und zwar so, daß in ihr der Produktionsprozeß ausschließlich von den Möglichkeiten der Maschine bedingt ist; der Mensch dient der Maschine, er paßt sich ihr an; die Produktion wird von den menschlichen Möglichkeiten und Fähigkeiten des Arbeiters gänzlich unabhängig.

Neben diesen, die Kultur zerstörenden Kräften, welche wir bisher nur aus dem Gesichtspunkte der einzelnen, isolierten Produkte und Produzierenden betrachtet haben, wirken im Kapitalismus noch andere, diesen ähnliche Kräfte. Die wichtigste von ihnen bemerken wir dann, wenn wir den Zusammenhang der erzeugten Produkte untereinander ins Auge fassen. Die Kultur der dem Kapitalismus vorangegangenen Zeiten war dadurch möglich, daß die einzelnen Kulturprodukte miteinander in einer kontinuierlichen Art und Weise das eine hat das in dem andern aufgeworfene Problem weiterentwickelt usw. Die Gesamtkultur zeigt dadurch eine gewisse Kontinuität der langsamen und organischen Entwicklung. So war es möglich, daß auf einem jedem Gebiete eine zusammenhängende, eindeutige und democh originelle Kultur zustandegekommen ist; eine Kultur, deren Niveau, das wertvollste, aber durch isolierte, individuelle Fähigkeiten erzeugbare Niveau, weit übertroffen hat. Der Kapitalismus hat, indem er den Produktionsprozeß revolutionierte, indem er durch die Anarchie der Produktion diesen revolutionären Charakter der Produktion permanent machte, dieses Kontinuierliche und Organische der alten Kulturen aufgehoben. Denn für die Kultur bedeutet die Revolutionierung der Produktion einerseits, daß der Produktionsprozeß fortwährend Momente abwirft, die den Gang und die Art der Produktion entscheidend beeinflussen, ohne daß sie mit dem Wesen des Produktes — ein Werk als Selbstzweck — irgendwie zusammenhängen würden. (So verschwindet aus der Industrie aus der Architektur die Materialechtheit.) Andererseits kommen, infolge des Für-den-Markt-Produzierens, ohne welches die kapitalistische Revolutionierung der Produktion unvorstellbar wäre, in der Erzeugung des Produktes das Blob-Neuartige, die sensationelle, die auffallenden Elemente zur Geltung, ohne Rücksicht darauf, ob der wahre innere Wert des Produktes dadurch gesteigert oder vermindert wird. Die kulturelle Spiegelung dieses revolutionären Charakters ist die Erscheinung, die man Mode zu nennen pflegt. Mode und Kultur bezeichnen aber einander dem Wesen nach ausschließende Begriffe. Die Herrschaft der Mode bedeutet soviel, daß die Form, die Qualität der auf den Markt gebrachten Produkte sich in kurzen Perioden verändern, unabhängig davon, ob sie sich inbezug auf Schönheit oder Zweckmäßigkeit bewährt oder nicht. Das Wesen eines solchen Marktes bringt es mit sich daß innerhalb bestimmter Perioden neue Dinge erzeugt werden müssen, und zwar solche, die von den früheren radikal verschieden sein müssen, solche, die sich unmöglich auf die bei der Bezeugung der früheren gesammelten Erfahrungen stützen können. Diese können infolge der Raschheit der Entwicklung nicht einmal gesammelt und verdaut werden, oder aber, niemand will sich auf sie stützen, da das Wesen der Mode gerade das von dem Alten abweichende erfordert. So geht langsam eine jede organische Entwicklung zugrunde an ihre Stelle tritt ein richtungsloses Hin- und Hertreiben und ein leerer und lauter Dilettantismus.

(Fortsetzung folgt.)

Politische Rundschau

Aus der Werkstatt der Klassenjustiz

Das Urteil im Margies-Prozeß.

Bochum, 1. Februar. (WTB.) Das hiesige Schwurgericht verhandelte seit mehreren Tagen gegen den Kommunisten Margies, der beschuldigt wurde, die Polizeibeamten Cyran, Seitz und Eichholz getötet zu haben. Das Gericht verneinte die Frage nach Mord und verurteilte den Angeklagten wegen Totschlags und versuchten Totschlags in zwei Fällen zu einer Zuchthausstrafe von 11 Jahren, 6 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Nach dem Bericht der „Roten Fahne" vom 2. Februar, wurde Margies zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, die Strafe aber mit der im Tscheka-Prozeß auf insgesamt 15 Jahre verbunden.

Unerhört und empörend ist es, daß Margies ausdrücklich zum **„gemeinen Verbrecher"** zestempelt wurde, der also nicht als Revolutionär aus politischen Gründen gehandelt hätte, um eine Amnestierung für immer unmöglich zu machen. Bekanntlich war Margies bereits seinerzeit in Leipzig beim Tscheka-Prozeß zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

•

Fememordprozeß in der Dunkelkammer.

Zu gleicher Zeit findet in Berlin vor dem Schwurgericht des Landgerichts III der Prozeß wegen der Ermordung des Schützen **Fanier** durch die Fememörder **Leutnant Bonn, Hauptmann Gutknecht und Oberleutnant Freiherr von Sealdon** statt. Im ganzen stehen elf Angeklagte vor Gericht, die zum Teil als Mittäter, Anstifter, Begünstiger oder Mitwisser sich verantworten sollen. Auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Sack, beschloß das Gericht, wegen drohender Gefährdung der Staatssicherheit **die Oeffentlichkeit einschließlich der Presse auszuschließen**, und zwar für die gesamte Dauer der Verhandlung.

Aus „außenpolitischen Gründen" auf Befehl Geßlers im Interesse der Reichswehr wurde die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Es soll verborgen bleiben daß die **„Schwarze Reichswehr"** von gewissen Stellen der offiziellen Reichswehr geduldet und geradezu gefördert wurde. Das ist offenes Schuldgeständnis der Bourgeoisie. Während rebellierende Proletarier stets zu langen Zuchthausstrafen verurteilt werden, sollen die Kettenhunde des Kapitals, die Schwarzen Reichswehrbanden, weiter unbehelligt bleiben.

Am 2. Februar kurz vor 7 Uhr erschien der Gerichtshof, nachdem er drei Stunden beraten hatte, wieder im Saal und Landgerichtsdirektor Dr. Bombe verkündete folgendes Urteil:

Die Angeklagten **Schirmann, Stein und Aschenkampff werden wegen gemeinsamen Mordes zum Tode verurteilt. Der Angeklagte Bonn wird wegen Anstiftung zum Morde zum Tode verurteilt.** Der Angeklagte Schmidt wird wegen Beihilfe zu einer Strafe von **drei Jahren Zuchthaus** verurteilt, auf die vier Monate Untersuchungshaft angerechnet werden. Der Angeklagte Stetzelberg wird nach § 139 StGB. zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, von denen vier Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet werden. Die Angeklagten Gutknecht, v. Senden, Meder, Zeitler und Snethlage werden freigesprochen. Die Kosten werden der Staatskasse auferlegt.

Die Verteidiger legten sofort Revision ein. Die eigentlichen höherstehenden Anstifter dieser Femejustiz sind selbstverständlich unbehelligt und auf freiem Fuße geblieben. Selbst der „Vorwärts" ist über dieses „republikanische" Rechtsurteil empört, da die Freisprechungen aus „vaterländischen Motiven" erfolgten.

•

Terror-Urteile in Rumänien.

In Baja Mare und Dej wurden zwei Arbeiter zu je fünf und zwei Arbeiter zu je drei, ein Arbeiter zu einem Jahr Zuchthaus, sowie Geldstrafe und Aberkennung der Ehrenrechte auf fünf bis zehn Jahre wegen **Verteilung von Flugblättern** bei Gelegenheit der Jahresfeier der russischen Revolution verurteilt. Von den 25 Jugendlichen, die vor dem Klausenburger Kriegsgericht standen, wurden zwei zu je fünf Jahren Zuchthaus und je 10 000 Lei Geldstrafe, elf zu drei Monaten bis drei Jahren Gefängnis verurteilt, die übrigen zehn mußten freigesprochen werden.

Die Konterrevolution wütet international.

Parteistreik bei der KPD.

In Nr. 5 der „KAZ." berichteten wir von der Rebellion der KPD.-Mitglieder in Hannover. Diese Gruppe hat jetzt eine Streikleitung gegründet und ein Flugblatt herausgegeben, in dem die KPD. als Verbündete der „Bluthunde" und „Luxemburgmörder" hingestellt wird, die mit vollen Segeln in den reformistischen Sumpf saust. Nie „Neue Taktik" bedeutet Fortsetzung der alten Brandlerpolitik.

Der ausgeschlossene Abgeordnete Katz hat sich mit sieben „ultralinken" Abgeordneten (Scholem, Rosenberg, Korsch usw.) zusammengeschlossen und eine Erklärung zu den Vorgängen in Hannover verfaßt, die wir nachstehend abdrucken:

Erklärung zu den Vorgängen in Hannover.

Die unterzeichneten Mitglieder der Reichstagsfraktion der KPD., mit denen sich der Genosse Katz in allen politisch innerhalb der Partei strittigen Fragen solidarisiert hatte, sehen sich veranlaßt, vor der Parteiöffentlichkeit folgendes zu erklären:

1. Die gegenwärtige politische Situation ist für die KPD. so günstig, daß jede Parteikrise unbedingt vermieden werden muß. Schon aus diesem Grunde sind die Vorgänge, die sich innerhalb unserer hannoverschen Parteiorganisation abspielten, außerordentlich schädlich.

Die Partei steht zurzeit vor einer überaus wichtigen und bedeutsamen Diskussion zur Vorbereitung der erweiterten Exekutive Erörterung des 14. Parteitages der KP. Wir bedauern es außerordentlich, daß diese ernste, sachliche Parteidiskussion durch die Vorgänge in Hannover erschwert wird.

2. Wir mißbilligen es auf das entschiedenste, daß sich eine Anzahl vom Parteigenossen in Hannover zu Handlungen haben hinreißen lassen, die geeignet sind, das Ansehen unserer Partei von der proletarischen Oeffentlichkeit schwer herabzusetzen. Wir verurteilen insbesondere den „Anschlag auf das Organ der Partei in Hannover.

3. Wir bedauern außerordentlich, daß das Z. K. der Partei in Niedersachsen nicht die gleiche innerparteiliche Politik betreiben hat wie im Bezirk Westsachsen, wo es gelang, trotz der dort vorhandenen Gegensätze eine gemeinsame Arbeit im Interesse der KPD. zu leisten. Das Z. K. hätte keineswegs dulden dürfen, daß die Bezirksleitung Niedersachsen, die sich als schwach und unfähig erwies, gegen den offenbaren Willen der breiten Mitgliedschaft des Bezirks die Leitung behielt. Die Mitglieder des Bezirks, die zum großen Teil hinter den politischen Auffassungen stehen, die von uns vertreten werden, wurden schwer provoziert. In Niedersachsen war eine Politik der Versöhnung innerhalb der Partei, nicht aber eine Politik der gewaltsamen Unterdrückung des Willens der Mitgliedschaft am Platze.

4. Den hannoveranischen Genossen, die bis zur Reichskonferenz unsere politischen Auffassungen geteilt haben, rufen wir zu: Keinen Schritt gegen die Partei! Rückgängigmachung aller Handlungen, die zu der gegenwärtigen Verschärfung geführt haben! Unbedingte Anerkennung der Parteidisziplin!

Zu gleicher Zeit appellieren wir an das Zentralkomitee, sich seiner großen Verantwortung bewußt zu sein. Es muß alles getan werden, um eine Abspaltung revolutionärer Genossen von der Partei zu verhindern. Wir erinnern das Z. K. an die Erledigung des Parteistreiks im Saargebiet. Dort hat eine Gruppe mit schwersten Rechtsabweichungen grobe Disziplinbrüche begangen und sogar wochenlang das Organ der Partei geraubt. Diese Gruppe wurde aus Rücksicht auf die Arbeiter, die hinter ihr standen, restlos in die Partei wieder aufgenommen, an ihrer Spitze Genosse Reinhard, Abgeordneter des Landesrats im Saargebiet.

Wir fordern das Zentralkomitee auf, alles aufzubieten, um den Parteikonflikt in Hannover friedlich beizulegen. Alles für die Einheit der Partei.

Berlin, den 12. Januar 1926.

gez. Neubauer, Rosenberg, Scholem, Korsch, Schwarz, Bohla, Niedermeyer.

Im Zusammenhang damit ist eine Meldung der „Roten Fahne" vom 31. Januar bemerkenswert, die sich gelegentlich des sächsischen Landesparteitages an die linken SPD.-Arbeiter richtet und folgendermaßen lautet:

„Linke SPD.-Arbeiter! Wir sprechen offen aus, daß viele von euch noch die Frage bewegt, was nach der Auflösung wird. Ihr alle fühlt, ohne es klar auszusprechen, daß nach einer siegreichen Neuwahl wieder die Regierungsfrage auf der Tagesordnung steht. Die KPD. hat erklärt, und wir wiederholen es nochmals ausdrücklich in dieser Stunde, daß sie nach Ausschaltung der Rechten bereit ist, **die Bildung einer linkssozialistischen Minderheitsregierung zu ermöglichen. Die KPD. wird eine solche Regierung in der raschen Durchführung entschlossener sozialer, proletarisch-politischer Maßnahmen und auch im Kampfe gegen die Angriffe der bürgerlichen Parteien und der Rechten nachdrücklichst unterstützen.**

Es liegt jetzt an euch! Brecht den Einfluß der Bourgeoisie und den Widerstand der 23 Rechten! Appelliert an die Arbeiterschaft für eine gemeinsame Aktion gegen die große Koalition, für die Landtagsauflösung."

•

Der Ekki-Konkurs der KPD. ist eben nicht mehr aufzuhalten.

Deutschlands Teilnahme an der Abrüstungskonferenz

WTB. Berlin, 25. Januar. Nachdem das neue Kabinett gebildet ist, hat der Reichsminister des Auswärtigen dem Generalsekretär des Völkerbundes durch Schreiben vom 22. Januar mitgeteilt, daß die **Reichsregierung der Einladung zu der** Tagung des vorbereitenden Ausschusses für die **Abrüstungskonferenz** in Genf Folge leisten wird und die Benennung der deutschen Delegierten für diese Tagung sich vorbehält.

Was bei diesem Genfer Abrüstungs-Possenspiel herauskommt, in einer Zeit, in der die imperialistischen Kolonial- und Raubkriege in Marokko, Syrien und China toben, kann nur verhöhnend auf die Arbeiterklasse wirken. Das revolutionäre Proletariat darf sich in seinem Klassenkampf durch solche „Spielereien" nicht betören und ablenken lassen. — Nach den letzten Meldungen ist dieses Abrüstungstheater einstweilen vertagt worden.

Immer noch Ulapskandal

Proletarische Steuergelder verpulvert.

Die bestochene Journaille.

Wir berichteten in Nr. 9 über den verkrachten Ulap und über die Wut der „kommunistischen" Presse, daß es nun vorbei ist mit den Schmiergeldern für Inserate aus dem bürgerlichen Ulapsumpf.

Wir müssen aber bekennen, daß wir uns bei dieser Berichterstattung einer Unterlassungssünde schuldig gemacht haben. Wir hätten voraussehen müssen, daß bei jedem Finanzskandal, bei jeder Gelegenheit, wo Geld verloren geht, auch unbedingt die glorreiche Demokratische Republik dabei ist. In der Tat hat sich inzwischen herausgestellt, daß auch die Landbank eine runde und nette halbe Millionen Reichsmark proletarischer Steuergelder in den Ulapsumpf geschüttet hat, die selbstverständlich verpulvert sind, die die Proletarier nochmal blechen müssen.

Wir haben eine noch größere Unterlassungssünde auf dem Gewissen. Wir hätten von vornherein behaupten müssen, da

schiffen beträgt für die ganze Welt 1 007 381 Tonnen gegenüber 1 041 119 Tonnen mit Dampfmaschinen. Die Zahl der in Dänemark, Deutschland, Holland, Italien und Schweden auf Kiel gelegten Motorschiffe überschreitet beträchtlich die für Schiffe mit Dampfbetrieb. Die Gesamtziffer für diese fünf Länder ist: 186 454 Tonnen Dampfschiffe und 579 436 Tonnen Motorschiffe.

•

Stabilisierung des belgischen Franc.

Wie das „B.-T." meldet, hat der belgische Ministerrat beschlossen, den Franc auf einem Kurse von 105 im Verhältnis zum Pfund zu stabilisieren. Hiermit wird eine vierfache Entwertung fixiert. Das Verhältnis des Goldbestandes der Belgischen Nationalbank zum Notenumlauf, das vor dem Kriege 34 Prozent betrug, beträgt demnach jetzt 17 Prozent. Der Notenumlauf von 7,65 Milliarden Francs ist unter Berücksichtigung der 60 prozentigen Hebung des Warenpreisniveaus noch immer fünfmal so groß wie vor dem Kriege und es scheint, als ob man allmählich deflatorische Maßnahmen durchführen will.

Automobilgeschäft glänzend — in England. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage erfreuen sich Automobilindustrie und Automobilumsatz in England eines außerordentlichen Aufschwungs. Vor vier Jahren betrug die Zahl der Privatautomobile eine Viertelmillion, heute bereits 600 000 — mit einem Wert von 120 Millionen Pfund —, eine Zunahme von 132 vH. in vier Jahren. Auch die Zahl der Motorräder, Lastautos und Motorpflüge hat sich erheblich vermehrt.

•

Nach dem Bericht des Vereins der Deutschen Maschinenbauanstalten ist die Lage der deutschen Maschinenbauindustrie im Dezember die schlechteste im ganzen Jahr 1925 gewesen. Ende des Jahres waren kaum noch 20 Prozent der Betriebe genügend beschäftigt. Namentlich die Inlandaufträge gingen dauernd zurück.

•

Amerika kauft deutsche Banken und die Barmer Industrie.

New York, 29. Januar (Funkspruch). Die Firmen Hallgarten & Co. und George H. Burr & Co. haben einen Posten Barmer Bankvereinsaktien gekauft.

Die deutschen Großbanken ersten Ranges sind schon zu einem guten Teile unter Kontrolle des amerikanischen Industriekapitals. Nun macht sich dieses über die amerikanischen Banken auch an die Großbanken zweiten Ranges. Der Barmer Bankverein (vorm. Hinsberg Fischer u. Co.) ist die führende Großbank in Barmen, Elberfeld, wie im ganzen Wuppertale. Die dortige Industrie der sog. Barmer Artikel (Posamenten, Bänder, Litzen, Garn) ist keine Großindustrie. Es sind durchweg mittlere und kleine Betriebe. Ihre Produktion ist aber äußerst wichtig für den Weltmarkt und für die deutsche Wirtschaft. Das Geschäft ist so sehr spezifiziert und zu riskant, als daß amerikanische Industrielle sich daran mit Kapital direkt beteiligen könnten. Die Barmer Industrie hat bedeutende Aussuhr nach Amerika wie nach dem gesamten Weltmarkt. Die Produktion ist zu heikel: ihre Nachahmung hat bisher in Amerika wenig Erfolg gehabt.

Der Barmer Bankverein kontrolliert eine große Anzahl dieser Fabriken und ist mit der gesamten Industrie verschwägert. Das ist die Ursache, weshalb sich das amerikanische Kapital auf seine Aktien wirft und die Verwaltung in die Hände nehmen wird. Es wird nicht lange dauern, und die „Barmer Artikel" für Amerika und den Weltmarkt werden in Amerika selbst hergestellt werden. — Es geht abwärts mit Europa.

Ein internationaler Elektrokonzern?

Seit einiger Zeit sind Gerüchte im Umlauf über den Zusammenschluß von deutschen Elektrokonzernen, so der AEG. und dem Siemens-Konzern. Die New York Times will wissen, daß die deutschen Gesellschaften zu der größten amerikanischen Elektrizitätsgesellschaft, der General Electric Co. in „engere Beziehung" treten werden. Das würde bedeuten, daß das amerikanische Elektrokapital die deutschen Gesellschaften, an denen es durch Kapitaleinlagen interessiert ist, auch formell schlucken wird.

•

Eine englische Bergbaukonzession in Rußland.

W.T.B. **Moskau,** 30 Januar. Der Rat der Volkskommissare bestätigte den Konzessionsvertrag einer englischen Firma mit der Pri-Amurer Bergwerksindustrie Aktiengesellschaft auf Ausbeutung von 16 Eisenerz- und 30 Silber-, Zink- und Bleierzgruben im Bereich des Pri-Amorskaja-Gouvernement. Der Vertrag läuft auf 36 Jahre. Die Regierung behält sich das Recht der Produktionserwerbung vor, während im übrigen die für Sowjetkonzessionen üblichen Bedingungen gelten.

Der „Vorbehalt" der Erwerbung (nach 36 Jahren!) ist eine Formel ohne praktische Bedeutung. Sie geschieht nur, um in der Theorie das Gesicht des Staatskapitalismus zu wahren. In der Praxis wird die Verdrängung des internationalen Kapitals erst zusammen mit dem russischen erfolgen können, d. h. wenn das europäische Proletariat die Revolution durchführt, und das russische sich ihm anschließen kann.

Der wirtschaftliche Gegensatz Amerika — Deutschland

Die deutsche Krise im amerikanischen Urteil.

Nach einer Meldung der „United Preß" aus Washington vom 24. Januar 1926 berichtet die „Frankfurter Zeitung" vom 25. Januar folgendes:

„In einer Uebersicht über die Wirtschaftslage in Deutschland erklärt das (amerikanische) Handelsdepartement, daß der Jahresschluß das Ende der akuten Wirtschaftskrise nicht herbeigeführt habe und daß anscheinend der Wendepunkt noch nicht erreicht sei. Der Bericht weist darauf hin, die Ueberzeugung verstärke sich, daß die Deflationskrise ein langer Prozeß sein werde, hauptsächlich weil die Produktionstätigkeit der deutschen Industrie größer sei als die gegenwärtige Nachfrage. Auch leide der deutsche Handel an Ueberorganisation. — Der Bericht stellt sodann fest, daß Deutschland seine Reparationsverpflichtungen bisher erfüllt habe. — „Dies ist aber — so heißt es wörtlich — kein Zeichen für wahren Wohlstand und nicht einmal ein Beweis dafür, daß Deutschland in Zukunft seine Reparations- und internationalen Verpflichtungen erfüllen kann, wenn nicht ein grundlegender Wechsel in Deutschlands Wirtschaftsverhältnissen und in seinem Außenhandel eintritt."

Ganz entgegengesetzt klingt ein Bericht des Arbeitsministers der Vereinigten Staaten, James J. Davis, über die wirtschaftliche Lage der amerikanischen Union. Laut dem Washingtoner Gewerkschaftsblatt „Labor" führt er darüber u. a. folgendes aus:

„Millionen Menschen, die vor vier Jahren noch beschäftigungslos waren, sind wieder in nützlichem Erwerb tätig. Gewiß ist die Kohlenindustrie jetzt in einem gestörten Zustand. Aber neben dieser Erwerbsgruppe ist eine Masse von 41 Millionen Personen produktiv beschäftigt, was ein Beweis dafür ist, daß die Wirtschaft Amerikas blüht. Mehr und mehr Kinder werden aus der Reihe der industriell Beschäftigten genommen und in Schulen gebracht, um sie geistig und körperlich zu bilden, worauf sie ein Recht haben. Ein Tatbeweis für das Wohlergehen der amerikanischen Arbeiterschaft ist zu sehen in der Zunahme der Sparkassenbeträge um 2½ Milliarden Dollar in den letzten vier Jahren. Achtzehn Millionen Automobile sind bei uns in Gebrauch, die meisten gehören Arbeitern. Die 44½ Milliarden Dollar Lebensversicherungsbeträge, die unser Volk 1921 besaß, sind auf 64 Milliarden gestiegen. Es werden mehr und bessere Heimstätten gebaut, und davon gehören heute mehr als je Arbeitern. Unser Volk erfreut sich eines Wohlergehens, das weit über das hinausgeht, was irgendein anderes Volk zu irgendeiner Zeit gekannt hat..."

Hinter dieser Schilderung des amerikanischen „Arbeiterparadieses" bleiben die der „Arbeiter"-Delegationen über Rußland und die glänzende Lage der russischen Arbeiter selbst zurück.

Aus der Bewegung

Zu den Einigungsbestrebungen des linksrevolutionären Proletariats

Zu dem gleichnamigen Artikel in Nr. 7 der „KAZ." senden uns die Genossen der AAUE. Memel eine Richtigstellung der sie betreffenden Bemerkung:

„Neben der Ruhrgebietbesetzung im Januar 1923 erfolgte die Besetzung des Memelgebietes durch zivilgekleidete litauische Truppen. Ein alter Sozialdemokrat, während des Krieges USP.-Vorsitzender in Tilsit, kam über Kowno nach Memel und fand in Heydekrug 1922 den zweiten USP.-Mann. Ihre Auffassung drückten sie öffentlich wie folgt aus: Die drückenden Lebensverhältnisse wären nur zu beseitigen, indem das Memelgebiet an Litauen angeschlossen wird. Gemischt wurde das noch mit radikalen Redensarten wie: Freilassung der politischen Gefangenen, Befreiung der Arbeiterklasse, Diktatur des Proletariats. Nieder mit den sozialverräterischen Bonzen, die mit den memelländischen Kapitalisten und der französischen Besatzme durch dick und dünn gehen. Im Januar 1923 erhielten sie Zuwachs von einem sozialdemokratischen Wortheiden und vier Unionisten. (? Verf. d. Art. I. Nr. 7.) **Dazu kamen noch die überall bekannten „Mitglieder"** (!! Verf. d. Art. in Nr 7.) So entstand die Gründung der „Sozialistischen Arbeiterpartei" mit dem „theoretischen Teil des Erfurter Programms". „Für die Massen was rausholen", so hieß ihr Eifer in der Oeffentlichkeit. Ganz eingenommen waren sie von der Zeitung „Die Fackel", die unter der Redaktion des „erfahrenen" USP.-Mannes herauskam. Aus dem Leitartikel ihrer „Fackel" nur folgende Stellen: „Unser Ziel ist die teilweise, dem politischen Leben abseits stehende Memeler Arbeiterschaft für das öffentliche Leben zu interessieren und die in diversen kleinen zur Ohnmacht verurteilten Organisationen befindlichen Arbeiter zu einer Kampftruppe des Proletariats zusammenzulassen. Wir wollen die Antiparlamentaristen davon überzeugen, daß durch ihr abstinentes Verhalten auf diesem Gebiet nur die Arbeit der Reaktion gefördert wird.

Durch ein liebevolles und verständiges Eingehen auf die Lebensnotwendigkeiten zwei hier vertretener Nationalitäten, wollen wir den Weg ebnen, damit endlich auch bei uns Friede und Freiheit Einzug hält."

Solange „Die Fackel" erschien, hieß es: „Abonniert die Fackel"! Inserate finden weiteste Verbreitung!" Zwanzigmal erschien die Zeitung, dann versiegte die Geldquelle, weil sich die Hoffnungen der Geldgeber nicht erfüllten. Proletarische Groschen waren es sicher nicht die das Erscheinen der Zeitung möglich machten. Die „Sozialistische Arbeiter-Partei" wurde aufgelöst und noch im Winter 1923/24 kehrten die Hauptmacher in den Schoß der „allerfahrenen Sozialdemokratie" zurück. Die vier ehemaligen Unionisten blieben still, verschämt über ihre eigene Täuschung. (Und die überall bekannten „Mitglieder"? — Verf. Nr. 7.) Daß sie sich schämten, lag an dem geschlossenen Zusammenstehen des **„wesentlichen Teils"** der AAUE.-Genossen, der das sozialdemokratische Handeln von vornherein offen bekämpfte. Das ist in großen Umrissen der Sachverhalt der hier längst überwunden ist. Wir sind wegen dieser vier Mann nicht schwächer geworden."

Die Tatsache selbst wird damit bestätigt. Wir freuen uns, daß die AAUE. darunter nicht gelitten hat, wie damals von Memel berichtet wurde. Die weiteren Ausführungen, daß die Organisationsform kein Schutz ist gegen Abirrungen, haben wir weggelassen, da das von uns in dem Artikel „Es geht um die Sache", ebenfalls gesagt ist.

Es geht um die Sache

II.

Dualismus und Einheitsorganisation, zweckmäßige Konzentration und Selbstbewußtseinsentwicklung.

GHA. Unsere Auseinandersetzung mit der AAUE. erhält eine andere, grundlegende Note, wenn sie von vornherein getragen ist von der beiderseitigen Anerkennung der prinzipiellen Sätze „Name ist Schall und Rauch; Organisationsform ist wichtig, aber ihr theoretischer und praktischer Wesensinhalt ist alles." Erst dann können andere, tiefere Beweggründe der „Parteivereinigung" ins Feld geführt werden. Selbstverständlich müssen auch die logisch aufgebaut und untereinander widerspruchslos sein.

Das erste diesbezügliche Erfordernis ist, daß die AAUE. ihre Kritik an Existenz und Tätigkeit der KAP. auf sich beruhen läßt; d. h., sich auf die kritische Auseinandersetzung mit der KAP. insofern beschränkt, daß sie nicht mit bürgerlich parlamentarischen oder sonstigen Parteigebilden identifiziert wird. Die AAUE. muß nun einmal die KAP. von der Seite aus bewerten in der die letztere sich offenbart. Sie kann in die drei Buchstaben KAP. nicht alles Bekämpfenswerte nach eigenem Belieben hineinlegen und diese „KAP." dann bekämpfen, sondern sie muß die Charakterart, die Theorie, die Methoden, die Politik der KAP. bekämpfen, die von dieser zum Ausdruck gebracht wird, wenn die AAUE. diese falsch hält.

Eins jener, mit Unrecht gegen uns erhobenen Argumente, ist der Vorwurf des Dualismus. Nach der AAUE. erstreben wir die Zweiteilung des Klassenkampfes in Politik und Wirtschaft; die Klassenkampf-„Politik" solle angeblich von der KAP. und die Klassenkampf-„Wirtschaft" von „ihrer" Union erledigt werden. Weder die KAP. noch AAU. denken daran, solche „Arbeitsteilung" zu befolgen. Ihre seitherige praktische Tätigkeit sollte auch den Genossen der AAUE. diese Tatsache bereits offenbart haben. Und das gerade deshalb, weil die bisherige Tätigkeit von Partei und Union selbst die zur notwendige Differenzierung zwischen der allgemeinen und der Betriebspropaganda, zwischen den Aufgaben der BO., wie der Union und den Aufgaben einer vorwiegend mit revolutionärer aufklärender Propaganda beschäftigten „Partei"organisation nicht berücksichtigt hat!

Wir erstreben die Zusammenfassung derjenigen, die bereit sind, zur Mithilfe am Sturz des kapitalistischen Systems durch Revolution und proletarische Klassendiktatur zur Allgemeinen Arbeiter-Union. Wir meinen, daß die AAU. in vollster Selbständigkeit als Klassenkampforganisation „wirtschaftlich" und „politisch" wirken muß, sich ihr geeignete Bundesgenossen aussuchen darf und bei den neu zu ihr Stoßenden keine Prüfung auf revolutionäre, persönliche oder gar Charakter-Qualitäten vornehmen kann. Jeder Arbeiter ist in der AAU. willkommen, wenn er entsprechend seinen persönlichen Fähigkeiten am großen Werk der Revolution mitarbeiten will. Seine zunächst meist rein primitiven Kenntnisse zu erweitern Fähigkeiten herauszubilden, gegebene Fähigkeiten zu werten, sind Aufgaben, die innerhalb der Union gelöst werden müssen von den geeignetsten, klardenkendsten, fortgeschrittensten Genossen.

„Dualismus oder Einheitsorganisation" ist also für uns keine richtige Fragestellung. Ob beschriebene Aufklärungsarbeit „schulmeisterhafte, bonzenhafte Bevormundung" ist, darüber entscheidet nicht irgendein böswilliger Wunsch, sondern unser bewußte Wille zu solidarischer Arbeit. Eine andere Frage taucht jedoch auf: sie steht im Zusammenhang mit der Führerei und ist folgende:

Verstehen wir unter Selbst- und Klassenbewußtseinsentwicklung einen Prozeß, dem die Entfaltung aller (revolutionsnotwendiger) wissenschaftlicher, politischer, organisatorischer, propagandistischer oder militärischer Fähigkeiten bei jedem einzelnen Klassenkämpfer als Ziel gesetzt sind?

Nein!

Wir wissen sehr gut, daß geistige oder körperliche Qualitäten bei den Proletariern verschieden sind. Deshalb kommt es uns **nicht auf Persönlichkeitswert, sondern auf Klassenbewußtsein** an. Das erforderliche Maß des notwendigen Klassenbewußtseins ist gegeben in den — für Deutschland sehr schweren — Bedingungen der proletarischen Revolution, die Größe, die innere Kraft der Klassenkampforganisationen ist der Maßstab. Nur durch ihn, nicht am Einzelnen, können wir politische, wirtschaftliche, verwaltungstechnische, militärische und sonstige **Fähigkeiten der Klasse** als auch ihren revolutionären Willen überhaupt beurteilen. Diese Darstellung war nötig, um einer falschen Auslegung des Wortes „Selbstbewußtsein" vorzubeugen und das absolute Erfordernis sachlicher Aufklärungsarbeit der besten und klarsten Genossen der Union gegenüber ihrem „normalen Durchschnitts"-Gehalt zu beweisen.

Es ist keine „Herrschsucht" oder „Bevormundung", sondern eine Frage zweckmäßiger Konzentration, ob die für solche Arbeit geeigneten Genossen besonders zusammengefaßt werden sollen oder nicht. Selbst einige Genossen der Berliner AAUE. können sich der Notwendigkeit planmäßiger Durchsetzung der Union nicht verschließen und empfehlen die Erfassung dazu geeigneter Genossen in ihren Körperschaften.

Unseres Erachtens ist das ein falscher Weg. Gerade durch die Tätigkeit in Organisationskörperschaften erhält der einzelne Genosse erst einen weiteren Blick für Angelegenheiten einer Klassenrevolution. Erst durch lebendig-praktische Arbeit werden die Fähigkeiten entwickelt. Eine solche Schule darf keinem vorenthalten werden, jeder sollte auf irgendeine Art zu ihr veranlaßt werden. Die „tüchtigen" und klarsten Genossen aber, sie sollten sich in sinnvoller Weise nicht nur in den zentralen Körperschaften, sondern vorwiegend in den B.O., den Ortsgruppen und den Bezirken betätigen. Wer will, wer soll und wer kann denn beurteilen, ob dieser oder jener zu den Klarsten und Fortgeschrittensten gehört oder nicht, wenn nicht **eine allgemeine Belastungsprobe** sie vom „normalen" Durchschnitt zu trennnen vermag? Sie ist gegeben durch eine über den allgemeinen Rahmen der Union hinausgehende Bereitschaft zu Arbeit und Opfern in Gestalt der Aufrechterhaltung einer besonderen Organisation. Die Zaghaften, Kleinmütigen, Schwachen, noch rückständig Denkenden bleiben ihr von vornherein fern. Und das ist **in diesem Falle** gut!

Wir erreichen dadurch eine überaus nützliche Abtrennung der besten Genossen vom allgemeinen Durchschnittsgehalt der Union. Wir erfassen sie organisatorisch um durch immerwährende Selbstverständigung möglichst einheitliche Auffassungen in und gegenüber der Union zum Ausdruck bringen zu können. Und wir nennen uns Partei und geben eine eigene Zeitung heraus, um unabhängig von möglichen Schwankungen der Union uns ihr, wie dem Proletariat überhaupt, gegenüber die notwendige Tribüne zur Verbreitung und Durchsetzung unserer Auffassungen zu sichern.

Es ist des Oefteren an uns die Frage gerichtet worden, warum wir so „kramptfhaft" am Namen „Partei" festhalten. Gewiß, wir könnten uns ebensogut „Kommunistischer Arbeiter-Bund" oder sonstwie bezeichnen; aber gerade um den vorhandenen Tendenzen zum Syndikalismus, der Tendenz zur Ablehnung des „politischen" Kampfes (die auch in Nr. 52 der „Einheitsfront" zum Ausdruck kommt) und um der so flach behaupteten, schädlichen und rein gefühlsmäßigen „Partei"-Gegnerschaft das erforderliche Gegengewicht zu bieten, deshalb nennen wir uns — der Sache wegen — Kommunistische Arbeiter-Partei!

III.

Für die Einigung der Unionen!

Die hier in aller Schärfe gehandhabte Kritik gegenüber der AAUE. war notwendig, um die Debatte in die richtigen Bahnen zu lenken. Um einer tatsächlichen Klärung der strittigen Fragen willen, weil eben ohne sie eine Einigung der Unionen nicht möglich ist. Nach wie vor werden wir uns — ganz im Sinne des Beschlusses der letzten Mitgliederversammlung unserer Berliner Genossen (KAZ. Nr. 1) — ideell und organisatorisch einsetzen für eine Verschmelzung der bestehenden Unionen zu einer einzigen Allgemeinen Arbeiter-Union! Doch nicht Form und Größe darf uns blenden, alles muß ihr Inhalt, Weg und Ziel bewenden!

Druckfehler-Berichtigung.

In der „KAZ." Nr. 9 hat der Druckfehlerteufel uns einen Streich gespielt. Im Artikel: **Gummi, ein neuer Faktor der Weltwirtschaft"** auf Seite 2, Spalte 1, Zelle 28 von oben muß es heißen „Liberia" statt Nigeria und in derselben Spalte Zelle 37 von oben „Monrovia (Liberia)" statt Manrovia (Nigeria).

Mitteilungen

Groß-Berlin

Achtung! Arbeitslose Unions- und KAP.-Genossen!

Arbeits-Nachweis Charlottenburg. Freitag, den 5. Februar, vormittags 11 Uhr, im Lokal Jakob, Galvanistraße 7.

Arbeits-Nachweis Ackerstraße. Freitag, den 5. Februar, vormittags 10 Uhr, Fraktionssitzung im Saal des Arbeits-Nachweises, hinten.

Arbeits-Nachweis Germannstraße. Dienstag, den 9. Februar, nachmittags 2 Uhr, im Lokal Linienstraße 52.

Nachweis Wusterhausener Straße. Montag, den 8. Februar, nachmittags 1 Uhr, im Arbeitsnachweis am Bülett.

Die auf diesen Nachweisen stempelnden Genossen müssen zu diesen Sitzungen unbedingt zur angegebenen Zeit erscheinen.

I. A.: **Der Obmann der Arbeitslosen.**

16. Unterbezirk (Köpenick). Freitag, den 5. Februar, abds. 8 Uhr, Mitgliederversammlung. Die Genossen sind verpflichtet vollzählig zu erscheinen.

•

17. Unterbezirk (Lichtenberg). Freitag, den 12. Februar, abends pünktlich 8 Uhr, im Lokal Bartsch, Neue Bahnhofstr. 20, Mitgliederversammlung. Referat: **Die Entwicklung der Religion und des Geistigschaffenden.** — Sympathisierende und Leser der „KAZ." sind einzuladen.

Kommunistische Arbeiter-Jugend, Ortsgruppe Charlottenburg.

Donnerstag den 4. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Jakob, Galvanistraße 7, **öffentlicher Gruppen-Abend.** Alle Jugend-Genossen müssen erscheinen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Scharrnbeck-Berlin.
Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Indemark, Berlin O 17, Langestr. 79.

7. Jahrg. Nr. 11 — Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen.

Februar 1926
Alle Zuschriften und Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 696 20 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Weichselstraße 69)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich 1 Mk. im Voraus zu entrichten. Preise, Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Verwahrlosung

bürgerlichen Parteien loszulösen, und sie in die Gefolgschaft der KPD. zu bringen."

In dem Rundschreiben werden dann weitere Anweisungen gegeben, wie die kommunistischen Führer an die SPD.-Arbeiter und an das Reichsbanner heranzukommen versuchen sollen.

Der „Vorwärts" schließt seine Veröffentlichungen mit der Frage, in welcher Verbindung der Ausschuß für den Volksentscheid zu diesen kommunistischen Plänen stehe. Das Rundschreiben rufe den Verdacht hervor, daß dieser Ausschuß von der kommunistischen Partei ebenfalls als **Zerstörungszelle** gegen die Sozialdemokratische Partei gebildet worden sei.

Dieser Streit der parlamentarischen Arbeiterparteien unter der Parole: „Monarchie oder Demokratie?" hat mit dem Klassenkampf des Proletariats wirklich nichts mehr zu tun. Es zeugt aber von einer starken politischen Verwahrlosung, daß die Arbeiterklasse Deutschlands sich immer wieder von solchen parlamentarischen Rolltäuschern und Drahtziehern mißbrauchen läßt, um **Aktionsausschüsse für die Durchführung des Volksentscheids** zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten zu bilden, ja sogar ihre Hungerpfennige an die Sammellisten für diese Illusionen zu opfern, anstatt ihr Klassenschicksal selbst in die Hand zu nehmen. Dieser sogenannte **„Volkskrieg gegen die Fürsten"** sichert den Parlamentariern Ansehen und Daseinsberechtigung, bedeutet aber den offenen Bankrott der reformistischen und bolschewistischen Politik der KPD. Diese Heilsarmeetaktik, die die Mitglieder der KPD. vor Aktivitätstheaterei nicht zum Denken kommen läßt, appelliert längst nicht mehr an den Verstand und die Klassenerkenntnis des Proletariats. Sie mag wohl im Rahmen des Ekkikurses liegen, den die Komintern im Interesse der russischen Staatspolitik vorschreibt, denn auch in Rußland haben es nur die gut und klagen nicht, die an der Futterkrippe sitzen. Alle anderen müssen auch dort schuften und werden wie hier auf die Straße geworfen, wenn sie überzählig sind, d. h. wenn der Betrieb keinen Mehrwert abwirft. **In Rußland gibt es Arbeitslose und Bettler,** kapitalistische Unternehmungen und Militärdienst für Arbeiter vier Jahre, für „Gebildete" ein Jahr.

Darum Proletarier, befreit euch vom „Einheitkomiteeschwindel" der KPD. Befreit euch vom Ballast der reformistischen Ueberlieferungen und erinnert euch eurer geschichtlichen Aufgabe, den Kapitalismus zu stürzen und die kommunistische Bedarfswirtschaft unter der Rätediktatur aufzubauen. Für die Arbeiterklasse lautet die Frage nicht: Hier Republik, hier Monarchie! sondern nur: Hier Kapital, hier Arbeit! Hier Revolution, hier Konterrevolution! Hier Leben und hier Tod!

Ein Dokument der „Recht"sprechung in der deutschen Demokratischen Republik.

WTB. Leipzig, 2. Februar. Am Dienstag hatte sich vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts der 34 Jahre alte Aushilfsarbeiter Georg Johann Mayerhof aus München wegen Landesverrat zu verantworten. Mayerhof war kurz vor Beginn des Krieges um sich einer Strafe zu entziehen, nach Frankreich geflohen. Nach Kriegsausbruch wollte er mit zwei Kameraden nach Deutschland zurückkehren. Sie durchschwammen die Maas, wurden aber dabei von französischen Posten überrascht. Mayerhof wurde festgenommen, während die beiden Kameraden erschossen wurden. In einem interniertenlager untergebracht, ließ sich Mayerhof für die Fremdenlegion in Algier und Marokko anwerben. 1919 kehrte er nach München zurück. Hier trat er der KPD. bei und betätigte sich politisch. Wegen einer anderen Sache wurde die Staatsanwaltschaft auf ihn aufmerksam und verhaftete ihn wegen Landesverrats. Das Urteil lautete auf fünf Jahre Festungshaft.

Nach diesem Urteil kann die „monarchistische" Klassenjustiz noch heute, im Jahre 1926, sämtliche Revolutionäre von 1918 wegen Meuterei, Aufruhr, Hochverrats usw., hinter Kerkermauern setzen, da es sich in diesem Falle um Vergehen gegen die drakonischen Militärgesetze aus der „großen Zeit" handelt. Die demokratische Republik wird immer mehr ein Popanz für die Gegenrevolution.

Der 14. Parteitag der Bolschewiki u. seine Ergebnisse

I.

Der Platz, den der 14. Parteitag der bolschewistischen Partei, der Ende Dezember stattfand, in der Geschichte derselben einnimmt, wird von zwei Umständen bestimmt, nämlich, daß er am Vorabend des zweiten Jahrestages von Lenins Tod und des fünften Geburtstages der Neuen Oekonomischen Politik (Nep) stattfand.

Mit dem Tode Lenins hatte sich für die bolschewistische Partei eine Periode der inneren Organisationskrisen eröffnet, die sich mit Notwendigkeit in Krisen der Parteidiktatur verwandelte. Das konnte man voraussehen. Selbst Lenin verstand sehr gut, daß eine Partei, wie die bolschewistische, die von oben nach unten und nicht von unten nach oben aufgebaut ist, daß eine Diktatorpartei, nicht ohne ein einheitliches, mächtiges und autoritatives Zentrum existieren kann. Mit seinem Tode verschwand aber die zusammenhaltende Kraft seiner Autorität, und die weitere Einheit und Kraft des führenden Zentrums konnte entweder durch die Aufstellung eines der Mitglieder des Politischen Büros als allgemein anerkannte Autorität oder durch die Einsetzung einer kollektiven Führung aus den Mitgliedern des Politischen Büros, zusammengehalten von den Interessen der Parteidiktatur, erhalten werden. Diese letztere Form der Führung der Partei schien für Lenin die einzig mögliche nach seinem Tode. Bis jetzt hat sich aber weder das eine noch das andere als möglich erwiesen; einerseits waren die Bestrebungen der einzelnen Mitglieder des Politischen Büros als alleiniger Führer an die Spitze der Partei zu stellen stärker als das „Vermächtnis Lenins", um eine kollektive Führung zu verwirklichen. *) andererseits waren die Prätendenten zahlreich, und ihre Rivalitäten stark und groß genug, um keinen von ihnen sich bis jetzt als allgemein anerkannte Autorität durchsetzen zu lassen. Deshalb sehen wir eine permanente Krise in der Führung der bolschewistischen Partei.

Der 13. sowie der 14. Parteitag der Bolschewiki fanden unter dem Zeichen dieser Krise statt. Der 13. Parteitag zog den Bilanzstrich unter den Kampf gegen Trotzki, der sich 1923 abspielte, und seinen Höhepunkt in der Diskussion Ende 1923 erreichte. Trotzki ist neben Lenin die bedeutendste Figur am Horizont der russischen Revolution; er ist die populärste Persönlichkeit nach Lennin — mehr aber außerhalb der Partei und in ihrem jungen Kader, wie in der „alten bolschewistischen Garde". Gegen diese gefährlichsten Prätendenten waren eigentlich alle übrigen Mitglieder des Politischen Büros, und er wurde geschlagen. Die ganze Zurückweisung des Ausspruchs Trotzkis bedeutete aber noch nicht die Verwirklichung der kollektiven Führung. Gerade umgekehrt: Mit der Beseitigung des stärksten Prätendenten entstanden günstige Bedingungen für die Entflammung des Kampfes um das Erbe Lenins zwischen den Führern zweiten Ranges — zwischen Sinowjew, Kamenew und Sokolnikow einerseits und Stalin, Rykow, Bucharin und Tomski andererseits. In den Debatten des 14. Parteitages wurde von beiden Seiten unterstrichen, daß der Kampf zwischen ihnen schon nach dem 13. Parteitag entstand. Wie in jeder gesellschaftlichen und politischen Organisation, so versuchen auch in der bolschewistischen Partei die Führer, ihrem persönlichen Kampf einen ideellen Mantel umzuhängen. So war es in dem Kampf Ende 1923, so ist es jetzt auch. Wie bei allen historischen Ereignissen, so muß auch hier selbstverständlich ein strenger Unterschied zwischen den Beweggründen der einzelnen Personen, die an einer Bewegung oder Kampf beteiligt sind und den Gründen der Bewegung und des Kampfes selbst gemacht werden. Wenn wir

*) Charakteristisch dafür sind, wie das auf dem 14. Parteitag ausgeführt wurde, die Verhandlungen, die 1923 in Kislowodsky stattgefunden haben. Hier, wie ein Mitglied des Zentralkomitees, Ordjonikidze, sagt, wurde die Frage erörtert, daß Lenin durch niemand zu ersetzen sei, und deshalb eine Kollektive geschaffen werden muß, die die Führung der Partei übernehmen soll." („Sarja Wostoka" 16. 1. 26.) Dort wurde auch vorgeschlagen, ein Sekretariat von Sinowjew, Trotzki und Stalin zu bilden. Die Verhandlungen sind aber durch die Schuld Stalins gescheitert, der erklärt haben soll, daß er bereit sei über das Sekretariat zu verfassen, ehe er mit solchem Vollmächtige einverstanden sei. (Siehe Stalins Schlußrede „Prawda" 29. 12. 25.)